

Der Atlantikpakt und das Problem der europäischen Sicherheit

Von Dr. Curt Gasteyger

*Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik **

Wandlungen im Sicherheitsdenken

Als Teil der weltpolitischen Auseinandersetzung zwischen den Sowjetsystemen und den Westmächten ist das Problem des Friedens in Europa heute wie vor zehn Jahren (Marshallplan), vor zwanzig Jahren (München) und vor vierzig Jahren (Russische Revolution) nur vor dem Hintergrund der allgemeinen geistig-politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation zu sehen. Ausgang und Folgen des Zweiten Weltkrieges brachten die wohl einschneidendste Zäsur mit sich.

Die westlichen Staatsmänner hatten 1943 und selbst noch 1945 die Sicherheitsfragen des europäischen Kontinents vorwiegend unter dem Aspekt der Gefahr einer möglichen deutschen Aggression betrachtet. Die entscheidende Wendung trat mit der Erkenntnis ein, daß die tatsächliche Gefährdung der europäischen und universalen Sicherheit von dem früheren Alliierten, der Sowjetunion, ausging. Angesichts des sowjetischen Expansionsdranges und der Konsolidierung des kommunistischen Herrschaftssystems in Mitteleuropa trat für die nunmehr in zwei Blöcke gespaltenen Siegermächte immer mehr die Sorge um eine Sicherung voreinander in den Vordergrund. In dem Maße, in dem Deutschland als die bisherige Gefahrenquelle mit seinem westlichen und östlichen Teil in die beidseitig errichteten Bündnissysteme einbezogen wurde, erhöhte sich die Schwierigkeit, das europäische Sicherheitsproblem getrennt von den ihm zugrunde liegenden weltpolitischen Konfliktgründen zu lösen. Deutlicher noch als unmittelbar nach dem Kriegsende wurde hier der innere Zusammenhang der für eine dauerhafte Friedensregelung grundlegenden Voraussetzungen — Lösung der deutschen Frage, Sicherheit, Abrüstung und weltpolitischer *modus vivendi* — sichtbar. Wo die Hervorhebung oder Zurückstellung eines dieser Teilbereiche nicht nur zeit- und umstandsbedingt war, sondern Merkmal einer auf lange Sicht angelegten Politik wurde, ließen sich die desintegrierenden Folgen nicht lokalisieren¹.

Die Verhandlungen über den Frieden mit Deutschland wie auch die Behandlung des europäischen Sicherheitsproblems und der Abrüstung sind hierfür eindruckliche Beispiele. Ihre enge Verknüpfung hat den gemeinsamen Bezugspunkt in der Gesamtproblematik des Ost-West-Gegensatzes. Wenn sich die Westmächte angesichts der sowjetischen Bedrohung bereits in den letzten Kriegsjahren vor die Notwendigkeit der Sicherung gegen eine weitere Ausdehnung des kommunistischen Einflusses gestellt sahen, so waren sie dadurch nicht von der Verantwortung für die Neugestaltung der europäischen Staatengemeinschaft entbunden. Churchill hat dies mit seinen Vorschlägen für die europäische Einigung zum Ausdruck gebracht. Der amerikanischen Politik fehlte zunächst der politische Ordnungsgedanke, der „zwischen dem realpolitischen Ziel der Eindämmung der russischen Macht und dem humanitären Schwung des Marshallplanes“ hätte eine Brücke schlagen können². Wirtschaftlicher Wiederaufbau und innerer Gesundungsprozeß auf der einen, militärische Sicherheit und Organisation des westlichen Verteidigungssystems auf der anderen Seite wuchsen nicht zu einem Gesamtprogramm der europäischen Friedensverhandlungen zusammen, das die internationale Sicherheitspolitik mit der Vorstellung von einer künftigen Gestaltung nationaler Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in ihrer Gesamtheit hätte umfassen müssen. So rückte das Ziel der Entspannung und des Friedens in Europa, überdeckt von den unmittelbar drängenden Erfordernissen der Sicherheitspolitik, in immer weitere Ferne. Seine Verwirklichung ist aber nur denkbar, wenn auf der Grundlage der politischen Ordnungsgedanken die tieferen Konfliktgründe beseitigt oder aber derart begrenzt werden, daß sie wenigstens für einen gewissen Zeitraum ihre aktuelle Gefährlichkeit verlieren³. In dem vorläufigen Verzicht auf ein solches Gesamtprogramm lag das Eingeständnis der Westmächte, daß es ihnen nicht ge-

^{*}) Das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik nimmt, wie die Gesellschaft selbst, nicht Stellung zu den Fragen der internationalen Politik. Den Mitgliedern und Mitarbeitern steht es frei, ihre persönlichen An-

sichten zu äußern. Die Veröffentlichung im Europa-Archiv erfolgt unter der persönlichen Verantwortung des Autors und des Herausgebers und bedeutet keine Stellungnahme der Gesellschaft oder des Instituts zu den geäußerten Gedanken.

lungen war, das sozial- und gesellschaftspolitische Programm einer künftigen Ordnung für Gesamteuropa mit der Garantie einer ausreichenden Sicherheit für die westeuropäischen Länder zu vereinen.

Die Durchbrechung des Rüstungswettlaufs

Mangels einer politischen Gesamtkonzeption für Europa mußte das Voranstellen der unbestritten notwendigen und auch wirksamen Eindämmungspolitik eine Eigengesetzlichkeit entwickeln, die mögliche Ansätze zu einer die wirklichen Konfliktgründe beseitigenden Entspannung immer weniger zum Zuge kommen ließ. An die Stelle der Friedensverhandlungen trat das ständige Bemühen um die Herstellung eines Gleichgewichts der Rüstungen. Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion wurde zu einer ununterbrochenen Folge von Rüstung und Gegenrüstung und gewann immer mehr den Charakter des Automatischen. Die Dynamik der ständig auf Kräfteausgleich bedachten Aufrüstung führte zu einem immer höheren Grad der gegenseitigen Gefährdung. Ihre Alternative könnten nur politische Maßnahmen sein, die das Wettüsten etappenweise unter Kontrolle bringen, seine Dynamik abfangen und zu einer stufenweisen Demobilisation führen. Solange aber die politischen Entscheidungen eine Folge der militärischen Sicherheitsvorkehrungen bleiben, ist die fortschreitende Automatisierung des Wettüstens kaum aufzuhalten. Die atomare Aufrüstung hat heute bereits zu einer Uebersättigung mit Atombomben geführt, die weit über den Bedürfnissen der Abschreckung liegt⁴. Von der Wirkung her gesehen, spielt es, wie schon oft betont wurde, keine Rolle, ob eine Großmacht die andere einmal oder mehrere Male völlig zu vernichten imstande ist⁵. Zudem ist die innere, geistige Verarbeitung des von geringfügigen Zufällen und menschlichem Fehlkalkül abhängigen Risikos des

Damit erhielt die Politik der Westmächte eine Ambivalenz, deren Hauptursache in dem Mißtrauen lag, das die sowjetische Machtpolitik in den entscheidenden letzten Monaten des Krieges hervorgerufen hatte.

Vernichtungskrieges bei weitem noch nicht vollzogen. Die Politik der Weltmächte ist in einen Raum geraten, in dem sie sich mangels Erfahrung noch nicht zu bewegen weiß. Sie sucht tastend nach Ausgängen, ohne den Argwohn gegenüber den Intentionen des Gegners überwinden zu können.

Bei diesem Stand der gegenseitigen Bedrohung wird die Notwendigkeit, Mittel und Wege für eine Durchbrechung des Rüstungswettlaufs zu finden, von der öffentlichen Meinung immer stärker empfunden. Die Richtung der weltpolitischen Entwicklung wird vom Stand der allgemeinen militärpolitischen Lage mit beeinflußt. Entscheidend ist aber, ob es gelingt, die Sicherheitspolitik der Weltmächte mit den politischen Erfordernissen der Entspannung ins Gleichgewicht zu bringen und die militärische Bedrohung so weit herabzumindern, daß begrenzte politische Regelungen mit Aussicht auf Erfolg erörtert werden können. Dieses allgemeine Ziel wird vielfach mit dem Begriff des „Disengagement“ umschrieben, der allerdings durch wahllosen Gebrauch fast schon so abgegriffen und schillernd ist wie der verwandte Begriff der „Koexistenz“. In dem folgenden Absatz soll nun versucht werden, dem Begriff des Disengagement durch die Gegenüberstellung der Auffassungen von George Kennan und Aneurin Bevan auf der einen, Dean Acheson und der *Neuen Zürcher Zeitung* auf der anderen Seite ein stärkeres Relief zu geben.

Die Suche nach Ansatzpunkten für ein Disengagement

Es ist eine der paradoxen Folgen der militärisch zweifellos wirksamen nuklearen Abschreckung, daß sie die Kommunisten gezwungen hat, ihre Expansion mit anderen, nichtmilitärischen Mitteln zu betreiben. In der Verlagerung der Bedrohung von der militärischen auf die geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Gebiete sieht George Kennan den Ansatzpunkt für eine stärkere Hervorhebung dieser Momente in der westlichen Haltung gegenüber der Sowjetunion. Hier tauchen für ihn wieder die Zielsetzungen auf, die er 1948 der Konzeption des Atlantikpaktes zugrunde gelegt hatte. Die NATO sollte damals nach seiner Auffassung nur den militärischen Schild „zur allgemeinen Stabilisierung der Lage in Europa, zur Beruhigung der Westeuropäer angesichts der militärischen Ueberlegenheit Rußlands“ bilden⁶. Die bedrohlichste Erscheinungsform der kommunistischen Gefahr zeigte sich nach Kennan also nicht von der

militärischen Seite, sondern viel ausgeprägter in der „Gestalt eines inneren Problems der westlichen Gesellschaft“. Aus dieser Sicht heraus stellt sich für Kennan erneut die Frage, weshalb und wodurch „der ursprüngliche Leitgedanke des Marshallplanes und der NATO seine Gültigkeit verlor“ und „ob die positiven Ziele der westlichen Politik aus dem Bereich des praktisch Möglichen wirklich so weit in die Ferne zurückgewichen sind, daß man die militärische Gefahr ausgelöscht glaubte“.⁷

Hier nun glaubt Kennan einen Ansatzpunkt für eine Durchbrechung des Rüstungswettlaufs gefunden zu haben⁸. Nicht machtpolitische, durch Militärbündnisse untermauerte und abgesicherte Kraftproben beider Parteien sind es, die den Ausgang des Ringens entscheiden. Es sind mehr noch die Probleme der internationalen Gesellschaft, ihrer Daseinsstrukturen und die in ihr wirksamen geistigen und humanitär

begründeten Kräfte, die über die „vested interests“ der Staatengemeinschaft und die von ihr geschaffenen Organismen und Machtinstrumente den Sieg davontragen müssen. „Wenn“ — so sagt Kennan in seiner vierten Vorlesung⁹ — „die amerikanischen und britischen Truppen nicht auf dem Kontinent stationiert wären, dann würde die Verteidigung der kontinentalen Länder in erster Linie abhängen von der inneren Gesundheit und Zucht ihrer eigenen Gesellschaften“¹⁰, von der Art, wie sie organisiert sind, um sich gegen die Zersetzung und Unterwerfung ihres nationalen Lebens... zu schützen.“ Dieser Satz liefert die Erklärung, weshalb Kennan als Folgerung daraus vorschlägt, daß „durch Verhandlung und Kompromiß eine Hauptquelle militärischer Gefahr nach der anderen“ ausgeschaltet und ein Zustand in die Wege geleitet wird, „in dem der politische Wettkampf ohne die ständige Furcht vor einem Weltkrieg ausgetragen werden kann“.¹¹

Auf dem Wege einer Ausklammerung der nach seiner Auffassung ebenso gefährlichen wie sinnlosen Rüstungspolitik und ihrer Rückführung auf die eigentlichen sozialpolitischen und geistigen Ursachen des Ost-West-Konfliktes trifft sich Kennan mit Aneurin Bevan. Auch Bevan sieht in der Lösung der sozialen Probleme des Westens und nicht in der Organisation militärischer Verteidigungs- und Vergeltungskraft die schließlich wirksamste Antwort auf die sowjetische Bedrohung¹². Für ihn gilt es, die „Besonderheit des russischen Gesellschaftssystems verstehen“ zu lernen und die russische Nation als ein weltliches Gebilde zu betrachten, das gewissen Veränderungen unterliegt. Gelingt es, solchen Entwicklungen ihren „freien Lauf zu lassen, dann sollte es diese Haltung dem Westen erleichtern, mit der Sowjetunion auszukommen“. Bevans Vorschläge für eine Entspannung in Europa gehen ähnlich denjenigen Kennans auf einen Verzicht auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die Schaffung einer „verdünnten, aber nicht neutralisierten Zone“ in Mitteleuropa, die von den Großmächten garantiert wird.

Interessanterweise ist in der bisherigen Kontroverse um die Vorschläge Kennans nur in wenigen Fällen sein „sozialpolitischer Realismus“ Anlaß kritischer Auseinandersetzungen geworden. Vielmehr waren es die von ihm daraus abgeleiteten politischen und militärischen Folgerungen — Rückzug der ausländischen Truppen aus Europa und Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschland —, die kritisiert wurden. Die auf dem Idealbild einer politisch und geistig in sich gefestigten westlichen Gesellschaft beruhende „Bürgschaft Kennans für die Sicherheit Europas“ fand ihre häufigste Widerlegung aus machtpolitischen Denkkategorien heraus. Sie sind sozusagen der Gegenpol, von dem aus das sozioethische Denken Kennans mit dem Skeptizismus derjenigen Richtung konfrontiert wird, die in der Machtpolitik die letzt-

lich bestimmende Kraft in den Auseinandersetzungen der Staaten sieht. Anknüpfend an die Kennanschen Thesen, antwortete Dean Acheson seinem früheren Mitarbeiter, daß „beim gegenwärtigen Stand der Machtverteilung in dieser Welt“ und auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit dem sowjetischen Expansionsdrang ohne amerikanische Rückendeckung wohl kein westeuropäischer Staat mehr Unabhängigkeit genießen würde, als es die osteuropäischen heute können¹³. Die *Neue Zürcher Zeitung*¹⁴ nennt Kennans Gedanken von der in erster Linie auf nichtmilitärischen Gebieten angestrebten Immunität gegenüber dem Kommunismus eine höchst hypothetische Erwartung, dahingehend, „daß die Sowjetunion auf diesem Wege folgen und trotz ihrer Machtbesessenheit gegenüber einem militärisch schwachen, aber in den Schutzmantel der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Wohlfahrt gehüllten Westen aus subtilen Erwägungen der politischen Vernunft auf den Angriff mit Waffen verzichten werde“. Hauptfehlerquellen im Gesamtbild der Konzeption Kennans sind danach „Mangel an Realismus und mangelnder Sinn für die dynamischen Auswirkungen der bei einem amerikanischen ‚Disengagement‘ in Gang geratenden politischen Entwicklung und Kräfteverschiebungen“. Eine solche Auffassung von den tatsächlichen Machtverhältnissen und ihrer Funktion im weltpolitischen Kräftespiel kann in den sozial-ethischen Ideen Kennans bestenfalls einen Teil der gegen die kommunistische Bedrohung gerichteten Abwehr sehen. Für sie liegt in der Stärkung des atlantischen Bündnisses und der Zusammenfassung aller politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte nach wie vor die Hauptaufgabe westlicher Sicherheitspolitik. Dem sowjetischen „challenge“ ist auf gleicher Ebene die „response“ zu erteilen, das Maß der defensiven Stärke richte sich nach der sowjetischen Militärmacht und der Bedrohung, die diese bewaffnete Macht für die (atlantischen) Verbündeten darstellt¹⁵. Auch für sie muß — ähnlich wie für Kennan — die Zukunft im Zeichen des Handelns stehen, „aber eines Handelns aus einer Position der höchstmöglichen Sicherheit für das Bündnis“.¹⁵

Die Gegensätze zwischen beiden Konzeptionen stammen aus verschiedenen Einstellungen gegenüber den geistespolitischen Erscheinungsformen der modernen Gesellschaft, ihren Konfliktgründen und der Art, ihnen zu begegnen. Ihre Gemeinsamkeit liegt in dem Ziel der Herbeiführung einer Friedensregelung in Europa und der Welt. Kennan setzt den Hebel dort an, wo nach seiner Ansicht die gesellschaftspolitischen Ursachen für Entstehung und Wirkungskraft des Kommunismus liegen. Dagegen sieht die der gegenwärtigen NATO-Politik zugrunde liegende Konzeption in der Abwehr der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion und in der Erhaltung der westlichen Sicherheit das vordringliche Ziel, dem alle übrigen politischen Erfordernisse nach- und

untergeordnet sein müssen. Deshalb sind beide Haltungen von ihrem gemeinsamen Ziel her gerechtfertigt, für sich genommen aber einseitig: *Kennan* und *Bevan* als Exponenten des „social engineering“ setzen an den geistig-sozialen Wurzeln des Ost-West-Konfliktes an, ohne damit die diesem immanenten Probleme der machtpolitischen Dynamik und der Sicherheit gelöst zu haben und zeigen zu können, wie der Automatismus des Wettrüstens ohne Gefährdung der Sicherheit durchbrochen werden soll. Genau dies wird aber auch *Acheson* und der *Neuen Zürcher Zeitung* von den Anhängern *Kennans* und *Bevans* vorgeworfen. Mit der Befürchtung, auch nur einen Augenblick die „contrebalance“ zu verlieren und damit ipso facto ins Hintertreffen zu geraten, reduzierten sie die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion auf machtpolitische Kategorien und könnten deshalb den Teufelskreis des Wettrüstens nicht durchbrechen. Mit diesem mehr skizzenartigen Abriss zweier Auffassungen zum Sicherheitsproblem sind

die beiden Pole der Auseinandersetzung über das Disengagement fixiert.

Bei der Suche nach den Möglichkeiten einer politischen Entspannung in Europa werden, so scheint es uns, beide Auffassungen mit zu berücksichtigen sein, und zwar nicht als einander ausschließende Alternativen, sondern als sich ergänzende Teilstücke eines politischen Gesamtprogrammes. Der Weg „zur Loslösung der Weltmächte aus Europa, die Regelung des Friedens in Europa und die Garantie der Weltmächte für die getroffene Regelung“¹⁶ müssen in ihrem räumlichen und zeitlichen Verlauf als Bestandteil eines Prozesses begriffen werden. Die Frage nach Umfang und Art der westlichen Verteidigung und nach der künftigen Rolle des Atlantikpaktes als ihrem Hauptträger steht dann unter dem doppelten Aspekt der unmittelbaren militärischen Sicherung und dem ihr übergeordneten politischen Ziel: einer ganz Europa umfassenden Friedensordnung.

Gegenwärtiger Stand der europäischen Sicherheit

Bei keiner ernsthaften Diskussion über die Verteidigung der Westmächte stand ihre grundsätzliche Notwendigkeit zur Debatte. Umstritten war immer die Frage nach dem „Wie“.¹⁷ Für den Atlantikpakt mußte sich dieses Problem seit 1949 infolge der Erweiterung seines geographischen Einzugsbereiches und der Weiterentwicklung der Waffentechnik in zunehmendem Maße stellen. Heute ist der ursprüngliche Schwerpunkt der westlichen Abwehrmaßnahmen — Europa — entsprechend der Expansion der sowjetischen Außenpolitik nur noch ein Abschnitt in der gesamten westlichen Defensivplanung, in die immer neue Regionen einbezogen werden mußten, um den Wirkungsgrad der Abwehrmaßnahmen wenigstens annähernd aufrechterhalten zu können. Dies hat die Interdependenz des politischen Geschehens in der Welt noch weiter verstärkt. Zusammen mit den einige Jahre später gegründeten Verteidigungsorganisationen im Mittleren Osten (Bagdad-Pakt), Südostasien und dem Fernen Osten (SEATO und ANZUS) bildet der Atlantikpakt einen, und zwar den wichtigsten Bestandteil des globalen Abwehrsystems der freien Welt. Die erfolgreiche Erprobung interkontinentaler Raketen (ICBM) und die damit zur Realität gewordene Möglichkeit, jeden Punkt der Erde von einem beliebigen Standort aus zu erreichen, hat auch für die NATO weitreichende Folgen. Das in ihrem Schutzbereich liegende Gebiet ist in allen seinen Teilen verletzbar geworden. Seine Verteidigung ist nicht mehr allein von Europa aus möglich, vielmehr müssen dazu auch die Stützpunkte mit herangezogen werden, die außerhalb der Atlantikpaktstaaten über die ganze westliche Hemisphäre verstreut liegen.

Die Perspektive, in der heute die NATO und ihre Strategie zu sehen sind, hat sich verschoben: die NATO ist in dem unauflöslichen Gesamtzusammen-

hang der westlichen Verteidigung ein Glied, dessen Funktionieren im Falle einer ersten Belastung nur dann gesichert ist, wenn auch die übrigen Glieder ihren Zweck erfüllen. Die während der Suezkrise plötzlich aufgetretene Stockung in der Oelversorgung für die britischen und französischen Truppen war ein eindrucksvolles Beispiel für diese gegenseitige Abhängigkeit der regionalen Bündnissysteme.

Sie zeigt sich auch darin, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt weniger der Nordatlantikraum als solcher, dafür vielmehr seine Randzonen der politischen Gefährdung und Infiltration durch die sowjetische Politik ausgesetzt sind. Dies geschieht in der östlichen Randzone in Richtung Mittlerer Osten, mit sich verzweigenden Verlängerungen nach Nord- und Innerafrika. Zum anderen besteht eine Einwirkungsgefahr in Südostasien¹⁸, während schließlich ein dritter Vorstoß sich im Gebiet der Arktis und des Nordatlantiks abzeichnet. Die Möglichkeit einer politischen Isolierung der NATO-Staaten ist in dem Augenblick gegeben, in dem den Sowjetsystemen ein entscheidender politischer Einbruch an einer dieser Nahtstellen gelungen ist.

Vergegenwärtigt man sich die militärpolitische Lage auf dem europäischen Kontinent selbst, so zeigt ein auch nur oberflächlicher Vergleich zwischen dem verfügbaren Rüstungspotential des Ostblocks und des Westens das Uebergewicht des Ostblocks. Abgesehen von den Armeen der Volksdemokratien, unterhält die Sowjetunion in ihren westlichen Gebieten, in Polen, der Tschechoslowakei und der sowjetischen Besatzungszone schätzungsweise 80—85 zum größten Teil mechanisierte Divisionen¹⁹. Diese Truppen sind von einer starken taktischen Flugwaffe unterstützt, der gut ausgebaute Flugplätze in allen Ostblockstaaten zur Verfügung stehen. Diesem Dispositiv standen

Ende 1957 etwa 15, zur Hauptsache von amerikanischen, britischen und deutschen Truppenverbänden gebildete Divisionen gegenüber. Davon sind die fünf amerikanischen vollständig, die britischen sind es zu 60–70 vH ihres Kriegsbestandes, während sich die belgischen und niederländischen Divisionen in voller Umorganisation befinden²⁰. Zu dem sogenannten NATO-Schild gehören außerdem amerikanische Spezialverbände mit Atomwaffen und eine starke taktische Flugwaffe, die sich gleichfalls auf ein Netz modern ausgebauter Flugplätze stützen kann. Es entzieht sich einer genauen Kenntnis, wieweit eine Integration der kommunistischen Streitkräfte innerhalb des Warschauer Paktes vollzogen wurde. Auf Grund der zahlreichen kritischen Äußerungen kann dagegen festgestellt werden, wie groß die Lücken in der westlichen Verteidigungsorganisation sind und wo sie liegen. Aussprachen in der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) über den jeweiligen Stand der europäischen Sicherheit vermögen hierüber einige wesentliche Aufschlüsse zu geben. Ihre stichwortartige Aufzählung kann im Rahmen dieses Aufsatzes genügen und läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Fehlen einer gemeinsamen Verteidigungs-Planung

- Eine gemeinsame europäische und darüber hinaus atlantische Militärpolitik existiert nicht.
- Dieses Fehlen jeglicher Konzeption hat — abgesehen von politischen Gründen — die in der WEU zusammengeschlossenen Staaten von vornherein nicht zu eigenen Aktionen und zu einem wirksamen, auf lange Sicht geplanten Handeln befähigt²¹.
- Die Umrüstung Großbritanniens vollzieht sich auf nationaler Ebene anstatt im Rahmen einer nach gemeinsamen Gesichtspunkten ausgearbeiteten Planung. Das britische Weißbuch von 1957 hätte ein europäisches sein sollen, da über die Zukunft der westeuropäischen Verteidigung nur unter einem internationalen Aspekt entschieden werden kann²². Wie der Fall der britischen Truppenreduktion zeigt, kann jeder Staat immer noch aus eigenem Ermessen und Notwendigkeiten heraus derartige Maßnahmen beschließen²³.

2. Rüstungsstand und Integration der WEU und der NATO

- Keiner der Mitgliedstaaten der WEU mit Ausnahme von Großbritannien verfügt für seine eigenen Truppen über taktische oder strategische atomare Bewaffnung. Die heute vorhandenen strategischen Atomwaffen (insbesondere die strategische Luftwaffe der Vereinigten Staaten) sind nicht der direkten Verfügung der NATO unterstellt. Ueber den Einsatz der atomaren Waffen im Kriegsfall entscheiden die Vereinigten Staaten bzw. — gemäß einem Beschluß des Atlantikrates vom 18. Dezember 1954 — die einzelnen NATO-Staaten selbst. Eine vertraglich festgelegte Verpflichtung über die Koordination dieser Entscheidungen ist nicht eingegangen worden, so daß heute noch Unklarheit darüber besteht, von welcher Instanz der für die ganze NATO verbindliche Einsatzbefehl verantwortlich gegeben wird.

- Die Standardisierung der verschiedenen Waffen- und Fahrzeugtypen ist bis Ende 1957 nur zu einem bescheidenen Ausmaß durchgeführt worden. Immerhin wird seit Beginn 1958 eine Verbesserung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet angestrebt²⁴.
- Die Logistik ist zu großen Teilen national organisiert geblieben, während der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte auf diesem Gebiet lediglich eine beratende und zwischen den Mitgliedstaaten vermittelnde Funktion ohne eigentliche Befehlsgewalt besitzt²⁵.
- Trotz NATO und WEU bleiben somit die nationalen Divisionen an ihre eigenen Verbindungslinien (lignes de communication) gebunden, so daß der Oberbefehlshaber für Europa sie nur mit größter Mühe entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen umzugruppieren und einzusetzen vermag²⁶.
- Dem Befehlshaber der NATO-Streitkräfte steht kein eigener Nachrichtendienst zur Verfügung, so daß er auf die nationalen angewiesen bleibt²⁶.
- Es fehlt ein gemeinsamer Organisationsplan über die vorgesehenen Maßnahmen für die Hilfeleistung an einen angegriffenen Mitgliedstaat²⁷.
- Die Mobilisierungszeiten in den einzelnen Mitgliedstaaten der WEU variieren zwischen 3 und 45 Tagen²⁸.

Mit dieser summarischen Aufstellung sollte angedeutet werden, in welchem Maße die Rüstung der Westmächte durch die Unzulänglichkeiten institutioneller und technischer Natur in ihrer Wirkungskraft herabgemindert wird. Es kann weder von einer einheitlichen Verteidigungsplanung der westeuropäischen Staaten noch von einer den Ansprüchen moderner Kriegführung genügenden Integration (mit Ausnahme der obersten Führungsstäbe²⁹) der dem SHAPE unterstellten Streitkräfte gesprochen werden. Nicht zuletzt deshalb beruht die westliche Verteidigung fast ausschließlich auf der Fähigkeit zu einem nuklearen Vergeltungsschlag. Es ist bisher nicht gelungen, durch Verbesserung der Organisation und Vermehrung der Kampfmittel eine größere Bewegungsfreiheit für die Wahl der Verteidigungsart zu gewinnen. Die Konsequenz ist das Fehlen einer Alternative zur atomaren Kriegführung. Darüber wird in dem neuen Weißbuch über die britische Verteidigung kein Zweifel gelassen: die Westmächte würden — so heißt es dort³⁰ —, selbst wenn die Sowjetunion einen größeren Angriff nur mit konventionellen Streitkräften gegen sie richtete, mit strategischen Kernwaffen zurückschlagen müssen.

Die Folgen der Versäumnisse der Sicherheitspolitik der Westmächte zeigen sich aber auch, wenn eine Aenderung des gegenwärtigen militärischen Status in Europa beispielsweise durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone erwogen wird. Hier greift die politische Problematik der europäischen Sicherheit unmittelbar in die militärischen Belange ein. Der Vorschlag der Freisetzung eines zentralen Teils

Europas von der atomaren Bewaffnung kann nicht aus dem Gesamtzusammenhang der westlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik herausgelöst werden. Isolierte Entscheidungen, die diesen vernachlässigen oder zerreißen, müssen deshalb fast automatisch zur Verschärfung der politischen und militärischen Lage führen. Solange die geschilderten Lücken bestehen bleiben, begünstigen sie das Festklammern an der mitten durch den Kontinent verlaufenden Demarka-

tionslinie der Einflußsphären, wobei der Gedanke an die Möglichkeit eines Ueberraschungsangriffs als mächtiges Veto gegen jede Veränderung des status quo wirkt³¹. So läßt es sich vielleicht erklären, daß die seit mehreren Jahren vorauszusehende Einführung interkontinentaler Raketen bisher nicht zu der Entspannung der militärischen und politischen Fronten in Europa geführt hat, die von der waffentechnischen Entwicklung her immerhin möglich erscheint.

Raketenwaffen und Disengagement in Europa

Erst mit der fortschreitenden Entwicklung der ICBM und der Mittelstreckenraketen und der geplanten Errichtung von Abschußrampen der letzteren in Westeuropa hofft die NATO auf die Wiederherstellung des Rüstungsgleichgewichts. Auszugehen ist hierbei davon, daß angesichts der anzunehmenden Parität der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf dem Gebiete der nuklearen Waffen ein allgemeiner Vernichtungskrieg unwahrscheinlich ist. Beide Weltmächte werden in absehbarer Zeit imstande sein, durch den Einsatz interkontinentaler Raketen unmittelbar in das Gebiet des anderen hineinzuwirken. Dies kann militärstrategisch ein Auseinandertreten ihrer heute noch mitten in Europa zusammenstoßenden Fronten zur Folge haben³². Keine der beiden Mächte wird voraussichtlich bereit sein, einen Atomkrieg wegen einer Gefährdung der dazwischenliegenden Räume auf sich zu nehmen. Das gemeinsame Interesse, örtliche Konflikte zu vermeiden, könnte sie aber dazu führen, einer Regelung zuzustimmen und sich ihre Beachtung gegenseitig zu garantieren, welche die Grundlage für ein Disengagement in Europa bilden würde. Wenn diese auf einem Gleichgewicht der Kräfte aufgebaut werden soll, setzt sie allerdings eine westeuropäische Verteidigungsorganisation voraus, die die Möglichkeit zu einer solchen Lösung bietet. Eine bloße Verstärkung der NATO durch Vergrößerung der Abschreckungswirkung und des Potentials kann nicht zu diesem Ziel führen. Vielmehr müßten auch auf militärischem Gebiet die Voraussetzungen geschaffen werden, die dem Disengagement den Charakter einer „gesicherten Entspannung“ geben.

Damit sind in erster Linie die westeuropäischen Staaten angesprochen. Ihre immer noch mehr nach nationalen als nach gesamteuropäischen Gesichtspunkten ausgerichtete Rüstungspolitik hat in den letzten Jahren zu einem Engpaß in der westlichen Verteidigung geführt. Das Fehlen einer ausreichenden konventionellen Streitmacht auf dem Kontinent war eines der wesentlichen Motive dafür, daß die NATO Zuflucht zur taktischen Atomwaffe nehmen mußte. Die Konferenz der Atlantikpaktstaaten im Dezember 1957 hat gezeigt, daß die Ausrüstung der westeuropäischen Länder mit diesen Atom- und Raketenwaffen die einzige Möglichkeit zu sein scheint, um den Engpaß zu überwinden. Durch die in wenigen Jahren zu erwartende Einführung interkontinentaler

Raketen vergrößert sich die Gefahr, daß Europa allmählich aus dem Schutzbereich der Abschreckungsstrategie auswandert³² und dann nicht in der Lage wäre, sich selbst ausreichend zu verteidigen. Darum wird, unabhängig von der Frage, ob in diesem Falle die Möglichkeit lokaler Konflikte und Aggressionen größer wird oder nicht, für die westeuropäischen Staaten psychologisch die Hemmung nur größer, einem Disengagement angesichts der Ueberlegenheit des Ostblocks zuzustimmen. Ein Rückzug der mit taktischen Atomwaffen ausgerüsteten amerikanischen Truppen würde sie in ihrer Befürchtung nur bestärken, im Falle eines Angriffs vor die Alternative einer Kapitulation gegenüber der Sowjetunion gestellt zu sein oder durch das Herbeirufen des amerikanischen Bündnispartners einen Atomkrieg zu entfesseln.

Die Aufrechterhaltung eines „NATO-Schildes“ in Europa kann nicht länger allein damit begründet werden, daß er die strategische Luftwaffe der Vereinigten Staaten (SAC) im Falle eines totalen Krieges ergänzt. Die Berechtigung eines Ausbaus der konventionellen Streitkräfte in Europa ergibt sich auch daraus, daß sie dazu dienen können, durch Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts den Ausbruch eines begrenzten Krieges zu verhindern und die notwendige militärische Sicherung im Falle eines Disengagements zu bilden. In dem Maße, in dem die ganze Skala der Abwehrmöglichkeiten so ergänzt und aufeinander abgestimmt wird, daß notfalls alle angewandt werden können, vermindert sich das in jedem Disengagement liegende Risiko lokaler Konflikte. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo es Mittelstreckenraketen in Europa einschließlich Großbritannien noch nicht gibt, wird sich deshalb die Frage nach der Möglichkeit eines solchen Disengagements ganz anders stellen als in anderthalb oder zwei Jahren. Bis dahin werden voraussichtlich genügend Mittelstreckenraketen und Abschußrampen in Westeuropa vorhanden sein, die den Mangel an konventionellen Streitkräften einigermaßen auszugleichen vermögen. Um so weniger sind sie deshalb als bloßer Teil der westlichen Rüstungs- und Sicherungsmaßnahmen zu betrachten, um so mehr aber als Mittel und Voraussetzung einer „gesicherten Entspannung“. Die sogenannte „dual preparedness“³³, d. h. die gleichzeitige und genügende Bereitstellung von atomaren Waffen und konventionellen Streitkräften gewinnt nämlich dann an Bedeu-

tung, wenn sie die Basis für eine allmähliche, etappenweise Entspannung bildet, ohne daß damit ein erhöhtes Sicherheitsrisiko eingegangen würde. Damit

wäre ein großer Schritt in der Schaffung militärpolitischer Voraussetzungen für eine künftige Friedensregelung in Europa getan.

Die Funktion des Atlantikpaktes

Die Funktion des Atlantikpaktes im Rahmen der Politik der Westmächte hängt nicht zuletzt von den in der Institution der NATO liegenden Möglichkeiten und ihren Grenzen ab. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß George Kennan als einer der Mitbegründer des Atlantikpaktes wesentlich andere Vorstellungen von den Aufgaben dieses Bündnisses hatte, als sie der tatsächliche Verlauf der weltpolitischen Entwicklung mit sich brachte. Als militärisches Instrument der Eindämmungspolitik konzipiert und auf der Konferenz von Lissabon (Februar 1952) in die noch heute gültige institutionelle Form gebracht, verfügte die NATO von Anfang an nicht über die Organisation, die zur Lösung umfassender politischer Aufgaben nötig gewesen wäre. Die weitverbreitete Enttäuschung über das Versagen des atlantischen Bündnisses beruht auf einer Verkennung seiner institutionellen Voraussetzungen. Sie erkennt, daß die NATO trotz der angedeuteten Lücken die Sicherungs- und Abschreckungsfunktion gegenüber der Sowjetunion bis heute vollauf erfüllte. Solange sich die Mitgliedstaaten vor der langwierigen Prozedur einer Vertragsänderung scheuen, ist, wie John Foster Dulles hervorgehoben hat, auf dem Wege des bloßen „habit forming“ keine Strukturänderung der NATO zu erwarten. Die zahlreichen Versuche einer inneren Umorganisation und Ausweitung der NATO-Tätigkeit auf nichtmilitärische Bereiche³⁴ konnten deshalb kaum zu greifbaren Ergebnissen führen. In diesem Punkte scheiterte auch die Pariser Konferenz der Regierungschefs der Atlantikpaktstaaten im Dezember 1957.

Schon vor Beginn der Konferenz zeichneten sich deutlich zwei Richtungen ab, von denen die eine ihren Ursprung vor allem in amerikanischen Kreisen, die andere in Europa hatte.

Die amerikanischen Wünsche und Vorschläge legten den Hauptakzent auf die militärische Zusammenarbeit: Errichtung von Atomwaffenlagern in den europäischen Mitgliedstaaten, Förderung der kriegstechnischen Zusammenarbeit und — mit Blick auf die jüngsten Ereignisse in Syrien — stärkere Verbindung zwischen den Bündnispartnern der freien Welt, der NATO, der SEATO und dem Bagdad-Pakt. Die in Europa, vornehmlich in deutschen Kreisen, gehegten Vorstellungen von der Konferenz zielten dagegen in erster Linie auf die Betonung der politischen Komponente hin und, damit verbunden, auf eine Verbesserung und Straffung der Organisation³⁵. Hierbei konnte man sich auf die Resolutionen der wenige Wochen vorher zu Ende gegangenen NATO-Parlamentarier-Konferenz berufen, die als Grundlage für die zukünftige Arbeit des Atlantikpaktes eine koordinierte Politik gefordert hatte³⁶. Die Hervorhebung

des Primats der politischen gegenüber den militärischen Belangen zeigte sich bei den Regierungschefs vor allem in der Frage der Lieferung und Stationierung amerikanischer Raketenwaffen in Europa³⁷. Die amerikanische Regierung sah sie vorwiegend unter dem strategischen Gesichtspunkt des Ausbaus eines immer noch lückenhaften Verteidigungssystems auf dem Kontinent. Solange die interkontinentale Rakete (ICBM) noch nicht einsatzbereit war, erachtete die amerikanische Regierung es als wichtig und dringlich, wenigstens Abschußrampen für Mittelstreckenraketen (IRBM) dort zu errichten, von wo sie die größte Wirkungsmöglichkeit auf sowjetisches Gebiet besitzen. Dieses militärstrategisch und aus Gründen der eigenen wie der europäischen Sicherheit gebotene Programm schien für die europäischen Staaten erstmals das bislang einseitige Verhältnis von den Vereinigten Staaten als Gebenden und ihnen als Empfangenden in ein gewisses Gleichgewicht zu bringen. Nunmehr, so wurde von europäischer Seite mit Genugtuung festgestellt, seien die Vereinigten Staaten erstmals auch auf die Unterstützung ihrer Bündnispartner angewiesen. Man übersah dabei allerdings, daß — gerade im Blick auf ein Disengagement — diese europäische „Hilfeleistung“ zumindest ebenso im eigenen wie im amerikanischen Interesse lag. Trotz aller deklarierten atlantischen Solidarität war es gerade der hier zutage tretende innere Vorbehalt einiger europäischer Teilnehmerstaaten, der dem Konferenzverlauf eine andere als die vorgesehene Richtung gab. Die in der Briefoffensive des sowjetischen Ministerpräsidenten *Bulganin*³⁸ gipfelnde, gleichzeitig aber durch massive Warnungen vor einem Aufbau von Raketenbasen in Europa ergänzte Verhandlungstaktik der Sowjetunion vermochte zwar nicht, die Konferenz von der eigentlichen Aufgabenstellung der NATO abzubringen. Sie zersplitterte aber die ohnehin schon angeschlagene Einheitlichkeit der Auffassungen noch weiter³⁹.

Beide Auffassungen hatten unter dem besonderen Aspekt, unter dem sie gesehen wurden, ihre Berechtigung. Der Versuch, sie zu vereinen, führte zu einem Kompromiß, der, als Ganzes betrachtet, für keine der beiden Seiten und erst recht nicht für die Erfüllung der der NATO übertragenen Aufgaben eine befriedigende Lösung brachte. Obgleich im Schlußkommunique⁴⁰ die Festigung der Allianz als wichtigste Aufgabe genannt wird, sind keinerlei konkrete Wegleitungen dafür ausgearbeitet worden. Die Erklärung kann nicht allein in der verschiedenen Interessenlage der Mitgliedstaaten gefunden werden. Dem über- oder vorgeordnet scheint zu sein, daß man versuchte, die NATO aus ihrer ursprünglichen Konzeption als

subsidiäres Sicherheitssystem herauszunehmen und sie auf die Stufe einer politischen Ordnungsmacht zu heben, deren Grundzüge noch nicht einmal in den Umrissen angedeutet sind. Der Widerspruch zwischen dem Fernziel der Entspannung und Abrüstung in Europa und der auf die unmittelbar militärische Abwehr ausgerichteten NATO-Konzeption ist am Anfang dieses Aufsatzes dargestellt worden. Er wurde durch *Kennans* Rundfunkvorträge besonders unterstrichen und sicherte ihnen die für den Autor selbst überraschende Resonanz. Für die Klärung so grundsätzlicher Fragen bot die kurzfristig einberufene und vor allem auf propagandistische Wirkungen eingestellte Konferenz der Regierungschefs keinen guten Rahmen. Aus der Forderung nach einer Verstärkung der militärischen Rüstung und Zusammenarbeit auf der einen Seite, dem Ruf nach Beschränkung der atomaren Bewaffnung und Rückzug der ausländischen

Truppen auf der anderen Seite ergab sich ein offener Interessenkonflikt. Er wurde mit Hilfe einer Kompromißformel ausgeklammert, um die Konferenz zu einem positiven Abschluß zu bringen. Eine echte Synthese aus diesen im Rahmen einer vorwiegend militärpolitischen Debatte nicht aufzulösenden Gegensätzen bleibt weiterhin die vordringliche Aufgabe der Politik der Westmächte. Die der NATO zugewiesene Funktion der Bereitstellung einer ausreichenden Schutzmacht und die so gewährleistete militärisch-organisatorische Verklammerung Westeuropas mit den Vereinigten Staaten bietet eine wichtige Handhabe für den Aufbau eines Sicherheits- und Kontrollsystems. Dieses könnte wiederum Teil der gesamteuropäischen Friedensregelung werden. Solche Ueberlegungen zielen weit in die Zukunft. Es bieten sich aber mehrere Ansatzpunkte dafür, die bisher in der Diskussion wenig beachtet worden sind.

Ein Sicherheits- und Kontrollsystem als Teil der europäischen Friedensregelung

In der Diskussion um die atomare Rüstung und die Belieferung der NATO-Staaten mit Raketenwaffen taucht regelmäßig die Frage nach möglichen Alternativen auf. Mit einem kritischen Seitenblick auf das Fehlen jeder solchen Alternative in der amerikanischen Politik erkundigte sich kürzlich ein Mitglied des britischen Oberhauses, „whether, like the United States, they (die Engländer) were blind Samsons“.⁴¹ Die Unmöglichkeit, auch nur annähernd verlässliche Prognosen für die Folgen einer Fortsetzung oder Aenderung der gegenwärtigen Rüstungspolitik zu stellen, läßt beide Seiten den status quo einem in ihren Konsequenzen nicht abschätzbaren Kurswechsel vorziehen. Darin liegt, wie am Anfang dargelegt wurde, das Haupthindernis für alle Bemühungen, die Dynamik des Wettrüstens unter eine institutionell gesicherte Kontrolle zu bringen.

An dieser Klippe sind bisher alle Bemühungen um eine „militärisch verdünnte Zone“ in Mitteleuropa zum Stillstand gekommen, die freilich auch im Hinblick auf die Lang- und Mittelstreckenraketen keine ausreichende Sicherheit boten. Dabei ist in der Diskussion über ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem seit ihren Anfängen im Sommer 1952 ein deutlicher Rückschritt eingetreten. Sie begann damals unter dem Stichwort „Ost-Locarno“ als politische Diskussion und ist seither unter dem Stichwort „Disengagement“ immer mehr zu einer rüstungstechnischen Auseinandersetzung geworden, die um Einzelfragen, wie den Rückzug der amerikanischen, britischen und sowjetischen Truppen vom europäischen Kontinent und die Stationierung von Abschußrampen, kreist⁴². Während die Konzeption eines Ost-Locarno parteipolitisch auf seiten der Rechten wie der Linken namhafte Verfechter fand, ist nun das Disengagement weitgehend zu einer Domäne der europäischen Linken geworden. In Deutschland entzündete sich die Diskussion an dem Memorandum des inzwischen

verstorbenen FDP-Abgeordneten Georg *Pfleiderer* über „Vertragswerk (der EVG) und Ostpolitik“ im September 1952. Sie wurde von dem Berater für Völkerrechtsfragen des Auswärtigen Amtes, Wilhelm *Grewe*, auf der einen, dem SPD-Abgeordneten Gerhart *Lütken*s auf der anderen Seite in Aufsätzen der Zeitschrift *Außenpolitik* im Winter 1952/53 fortgesetzt. *Lütken*s schlug damals vor, aus dem Brüsseler Fünfmächtepakt unter Aufgabe seiner gegen Deutschland gerichteten Tendenz ein auf das Koalitionsprinzip begründetes europäisches Sicherheitssystem zu schaffen und eine gemeinsame Politik festzulegen, „die in einer allgemeinen Garantie der östlichen Grenzen der bisherigen Brüssel-Staaten ihren Ausgang nehmen könnte“.⁴³ Anklänge an die Konzeption eines Ost-Locarno finden sich nicht nur in Winston *Churchills* berühmt gewordener Unterhausrede vom 11. Mai 1953⁴⁴, sondern schon in der Rede Präsident *Eisenhowers* vom 16. April 1953 und in einem Brief, den Bundeskanzler *Adenauer* am 8. Juli 1953 an die damals in New York versammelten Außenminister der Westmächte richtete. Sie kann seither von keiner Partei mehr als originelle Erfindung beansprucht werden, sondern gehört zum festen Bestand der politischen Ideen des Westens. Sie wurde, nachdem die Westmächte das entscheidungsvolle Jahr 1953 ungenutzt verstreichen ließen, auf der Berliner Außenministerkonferenz von 1954 durch die sowjetischen Vorschläge für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem⁴⁵ in den Hintergrund gedrängt. Während die vom Westen kommenden Vorschläge von dem Weiterbestehen der NATO und der aktiven Teilnahme der Vereinigten Staaten ausgingen, war es das erklärte Ziel der sowjetischen Vorschläge, die NATO auszuhöhlen und die Vereinigten Staaten aus ihren Stützpunkten in Europa zu verdrängen. In diesem Gegensatz, der unmittelbar auch auf das Fortbestehen der Teilung Deutschlands wirkt, setzt sich die

Klippe, an der die Bemühungen um eine „militärisch verdünnte Zone“ bisher scheiterten, wie in einem unter dem Wasserspiegel der Tagespolitik liegenden Gebirge fort.

Die Bemühungen um ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem haben durch die Pariser Verträge einen bisher noch wenig genutzten Rückhalt bekommen. Mit der Konstituierung der Westeuropäischen Union und ihres Rüstungskontrollamtes im Jahre 1955 wurde zugleich ein Modell für die Abrüstungsvorschläge der Westmächte geschaffen, das als Ausgangsbasis für die Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Errichtung einer militärisch verdünnten Zone dienen könnte. Der bedeutsame Unterschied zwischen den Pariser Verträgen und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft liegt darin, „daß nun nicht mehr zuoberst die gemeinsame Verteidigung, sondern die Rüstungskontrolle und Rüstungsbeschränkung die Zielrichtung der WEU bestimmten,

indes die militärische Integration ausschließlich der NATO übertragen wurde“.⁴⁶ Mit dieser neuen Konstruktion war für die Westmächte die Möglichkeit geschaffen, bei Verhandlungen über die europäische Sicherheit und über die allgemeine Abrüstung nunmehr konkrete und aus dem eigenen Erfahrungsbereich stammende Vorschläge zur Diskussion zu stellen. Diesen Gedanken deutete schon die am 17. September 1953 gefaßte Entschließung der Beratenden Versammlung des Europarates an, in der die Ansicht vertreten wurde, „daß es angebracht wäre, Rußland als Garantie einen Sicherheitspakt auf Gegenseitigkeit im Rahmen der Vereinten Nationen vorzuschlagen, an dem die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und jene Länder, die der Europäischen Politischen Gemeinschaft zugestimmt haben, oder wenn sie errichtet ist, diese Gemeinschaft als solche und möglicherweise noch andere Staaten teilnehmen würden“.⁴⁷

Vorschläge und Schwierigkeiten für ein Sicherheitssystem

In welcher Richtung etwa solche Pläne für eine Lösung des Sicherheits- und Abrüstungsproblems in Europa gehen könnten, zeigte die Rede des damaligen französischen Ministerpräsidenten *Mendès-France* am 22. November 1954 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen⁴⁸. Nur wenige Wochen nach dem Zustandekommen der Pariser Verträge schlug er vor, das Rüstungskontrollsystem der WEU als Modell für ein ähnliches System auf gesamteuropäischer Ebene zu nehmen. Allerdings meinte „PMF“, der Ostblock könne seinerseits eine Verteidigungsgemeinschaft nach dem Muster der WEU gründen, die gleichfalls auf einem System für die öffentliche Behandlung, Beschränkung und Kontrolle der Rüstung gründe. Dann werde ein Gleichgewicht der Kräfte entstehen, dem man eine vertraglich gesicherte Form geben könne. „Wenn die Sowjetunion und die ihr assoziierten Staaten vertragliche Formen schaffen, die den unseren symmetrisch entsprechen, und unter der Voraussetzung, daß ihnen eine gewisse Publizität gegeben wird, dann würde ein wichtiger Schritt auf das Ziel getan sein.“ Die Anregungen des französischen Ministerpräsidenten fanden im weiteren Verlauf der Abrüstungsverhandlungen keine Beachtung mehr. Mit der Diskussion um die Errichtung einer demilitarisierten Zone gewinnen sie eine neue Bedeutung; weniger ihrer Durchführbarkeit als der Fragestellung wegen; denn der Rückzug der ausländischen Streitkräfte aus einem in seinem Umfang noch festzulegenden Gebiet Mitteleuropas und der gleichzeitige Abschluß eines internationalen Abkommens über die Zahl der in den betreffenden Ländern zulässigen Streitkräfte sind undenkbar ohne ein wirksames Kontrollsystem. Allerdings darf die Errichtung des Kontrollsystems nicht zur Versteinerung des status quo, der Teilung Deutschlands und Europas, führen. In dieser Hinsicht sind die Vorschläge *Edgar Faures* auf der Gen-

fer Gipfelkonferenz von 1955 realistischer als die Pläne seines Vorgängers. Auch *Faure* hat in seiner Eröffnungsansprache am 18. Juli 1955⁴⁹ die WEU als Modell einer gesamteuropäischen Abrüstungsorganisation empfohlen, er hat aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß dies nicht zur Anerkennung der Spaltung Deutschlands führen dürfe. Die französische Delegation hat in Genf dazu noch den Gedanken einer Finanz- und Budgetkontrolle als Ergänzung der militärischen Kontrollen in die Debatte geworfen, der inzwischen auch auf der Ebene der Abrüstungsverhandlungen der Vereinten Nationen weiterentwickelt worden ist.

Es muß daher als der entscheidende Mangel der seither bekanntgewordenen Pläne *Bevans* und *Kennans*, aber auch *Hugh Gaitskells* gelten, daß sie nicht, oder wenigstens nicht in erkennbarer Weise, an den Stand der Verhandlungen der Genfer Gipfelkonferenz und der Außenministerkonferenz von 1955 anknüpfen, sondern das Disengagement als scheinbar neue Konzeption in das Gespräch einführen. In dem vom britischen Oppositionsführer vorgebrachten und nach ihm benannten Plan⁵⁰ finden sich zwar Ansatzpunkte einer institutionellen Sicherung der verdünnten Zone in Mitteleuropa durch die Belassung der Regionalpakte und ihrer gegenseitigen Garantierung der balance of power. Deutschland selbst als Kernstück jeder Entspannung soll in dieses Sicherheitssystem eingebettet sein, wie immer auch sein internationaler Status aussehen mag. Sowohl *Gaitskell* als auch sein Fraktionskollege *Denis Healey*⁵¹ schließen sich hierbei der Ansicht *Kennans* an, daß ein wiedervereinigtes Deutschland keinem der beiden Militärpakte angehören dürfe, daß jedoch — im *Gaitskell*-Plan — wenn immer möglich, die NATO als solche den Sicherheitspakt garantieren solle. Keiner der Genannten hat aber bisher vermocht klarzustellen, wie

die für Europa zu treffende Regelung anders gesichert werden soll als durch das Abschreckungspotential der Vereinigten Staaten und Großbritanniens. Da sie den massiven nuklearen Vergeltungsschlag als ultima ratio im Hintergrund halten, sich aber den Konsequenzen einer Politik der „dual preparedness“ widersetzen, vermögen sie nicht zu zeigen, wie der Teufelskreis der Rüstungsautomatik ohne Gefährdung der Sicherheit des Westens durchbrochen werden soll. Eine Politik, die der Gefahr des unbeschränkten Atomkrieges durch ein Disengagement in Europa entgegenwirken will, wird nicht umhin können, sich der Frage der sogenannten konventionellen Rüstungen der europäischen Staaten zu stellen und sie konkret zu beantworten. Leider gehört dazu auch die Frage der sogenannten taktischen Atomwaffen einschließlich der Ausrüstung der Bundesrepublik, die in den strategischen Überlegungen der NATO seit dem Herbst 1954 eine zentrale Stellung einnimmt. An dieser Stelle zeigt sich der Ernst der Entscheidung über die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik. Er wird durch die krassen Alternativen „Atomrüstung oder Kapitulation“ und „Atomverzicht oder Atomtod“ auf die Ebene des Emotionalen verschoben, auf der es keine klaren politischen Antworten gibt. Die auf der NATO-Konferenz der Regierungschefs ausgeklammerten politischen Gegensätze können durch ein militärpolitisches fait accompli überfahren, aber nicht überwunden werden. Die sowjetische Politik hat die innere Schwäche und Unsicherheit der westlichen Haltung längst erkannt und sucht durch immer neue Noten und Briefe die Verwirrung noch zu erhöhen.

Die sowjetische Regierung sei bereit, so erklärte Ende Januar 1958 der Parteisekretär *Chruschtschow* gegenüber westdeutschen Journalisten⁵², „gemeinsam mit anderen Mächten die Atomneutralität der Teilnehmerstaaten an einer atomwaffenfreien Zone mit zuverlässigen internationalen Garantien zu schützen, um die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes einer solchen Waffe in dieser Zone auszuschließen“. Außerdem halte es die Sowjetunion für möglich, daß die entsprechenden Staaten durch die Durchführung weitgehender Formen der Kontrolle jener Maßnahmen übereinkommen, die mit der Bildung der atomwaffenfreien Zone in Verbindung stehen. In ihrem Memorandum an die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen vom 8. Januar 1958⁵³ nahm die Sowjetunion zur Frage einer Kontrolle dieser Zone ausführlich Stellung. Sie schlug wie bereits in früheren Noten die Einsetzung von Kontrollposten an Eisenbahnknotenpunkten, in großen Häfen und auf Autostraßen vor. Außerdem wäre „über die Festlegung einer 800-Kilometer-Luftaufnahmezone zu beiden Seiten der Linie übereinzukommen, die die einander gegenüberstehenden Regierungen in Europa trennt“.

Hinter diesen und ähnlichen nur scheinbar technischen Vorschlägen steht das Gesamtproblem der

europäischen Friedensordnung „unter dem sich harmlos gebenden Vorzeichen der Kontrolle“. Die geistige, soziale und nicht zuletzt militärisch-technische Strukturverschiedenheit der durch ein solches System zu verklammernden Staatengruppen kann nicht allein durch eine noch so verfeinerte Kontrolltechnik überbrückt werden⁵⁴. Eine der weitestreichenden Folgen der Internationalisierung des militärischen Bereiches ist, daß sich die Rüstungskontrolle nicht mehr nur auf eine Beachtung der Rüstungsbegrenzungsvorschriften, sondern ebenso auf die Grundzüge der militärischen Ausbildung, auf die Standardisierung der Waffen, die Einigung über strategische Konzeptionen, die Ausnutzung der nationalen Produktion und Wirtschaftskapazität, die Militärbudgets und den gesamten Staatshaushalt erstrecken muß, um wirksam zu sein⁵⁵. Innerhalb der WEU ist diese Internationalisierung auf Grund der politischen Homogenität der Mitgliedstaaten in hohem Maße erreicht, daher kann die Rüstungskontrolle dort mehr auf dem gegenseitigen Vertrauen als auf einem bis ins letzte durchdachten technischen System aufbauen. Da eine solche Homogenität im Verhältnis zu den in ein gesamteuropäisches Kontrollsystem einzubeziehenden Staaten fehlt, muß umgekehrt mit seiner Hilfe erst ein Prozeß der allmählichen Annäherung eingeleitet werden. Ein Kontrollsystem, das in zwei gegensätzlichen Gesellschaftssystemen gleichermaßen zuverlässig funktionieren soll, muß eine über die rein technischen Methoden des Überwachungsvorganges hinausreichende politische Institution als Träger haben, selbst wenn man von den politischen Veränderungen ganz absieht, die nach einem Abzug der sowjetischen Truppen in Gang kommen können. Damit sind wir wieder bei der Frage nach dem politischen Ordnungsgedanken und der künftigen Sozialstruktur Europas angelangt. Hier liegt, wie wir am Anfang gesehen haben, auch der gemeinsame Bezugspunkt, dem die auf Sicherung und Kräfteausgleich bedachte Konzeption der NATO wie *Kennans* und *Bevans* sozialpolitisches Programm zugeordnet sein müssen. Im Hinblick auf die veränderte Lage im Ostblock und die ständig wachsende Gefährdung durch die Atomatisierung des Rüstungswettlaufes stellt sich auch für die Sowjetunion die Situation anders dar als noch vor wenigen Jahren. Vom nationalen Interesse her gesehen, müßte ihr das Beschreiten neuer Wege nicht von vornherein unmöglich erscheinen. Selbst ein wahrscheinlich nur machtpolitisch begründetes und auf äußerstem Mißtrauen beruhendes Interesse könnte für ein erstes Einschwenken genügen. In der schrittweisen Weiterführung dieses Ansatzpunktes könnte der Keim für die Möglichkeit einer „gesicherten Entspannung“ liegen. Daher ist es nicht unrealistisch gedacht, wenn die immer näher rückende, aber kaum früher als nach anderthalb Jahren erreichte Schwelle der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik als ein Mittel betrachtet wird, das dem sowjetischen Inter-

esse an einem Disengagement in Europa einen zusätzlichen Anreiz geben soll. Freilich haben die Westmächte schon von früheren Schwellen der Aufrüstung eine solche Wirkung erwartet und sich in ihren Hoffnungen enttäuscht gesehen.

Viele andere Schwierigkeiten und Hemmnisse, die sich der Beteiligung westeuropäischer Staaten an einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem in den Weg stellen werden, sind überhaupt noch nicht in die öffentliche Diskussion einbezogen worden. Unter ihnen stehen die Konsequenzen für die wirtschaftliche und soziale Integration Westeuropas wahrscheinlich an der Spitze. Die zunehmende, im Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) und durch die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) institutionalisierte Verflechtung der marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnungen Westeuropas würde einer Annäherung an das planwirtschaftliche System der osteuropäischen Teilnehmerländer zusätzliche Schwierigkeiten bereiten. Der von der OEEC und der EWG unternommene Versuch zu einer Rückbildung der weltwirtschaftlichen Desintegration⁵⁶ fand deswegen bisher am kommunistischen Ostblock seine Grenzen. Soweit die Gruppe des „social-engineering“ an eine Lösung des Ost-West-Konfliktes von der wirtschaftlich-sozialen Seite denkt — etwa mit der Idee eines „dritten Weges“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik —, müßte ihr entgegengehalten werden, daß dies ohne tiefgreifende

Erschütterungen und Strukturänderungen in der mühsam erreichten Integration des westeuropäischen Wirtschaftsgefüges kaum denkbar wäre.

Zurückkommend auf den Atlantikpakt zeigt sich, daß ihm innerhalb einer solchen europäischen Friedensregelung die Aufgabe einer Schutz- und Garantiemacht zufallen müßte. Solange der Ost-West-Konflikt andauert, bedürfen die westeuropäischen Staaten als Teil der atlantischen Gemeinschaft im Rahmen eines künftigen Sicherheitssystems eines institutionell verankerten Rückhaltes. Von hier aus wäre ihrerseits das Wagnis einer politischen Entspannung in Europa zu unternehmen. An dieser für sie entscheidenden Voraussetzung gingen bis heute die sowjetischen Sicherheitsvorschläge vorbei. Zwar knüpften sie konsequenter als die westlichen Pläne an den Genfer Vereinbarungen an, doch läuft ihre Zielsetzung unverändert auf eine Schwächung und Aushöhlung der NATO hinaus, ohne deren Vorstellungen von einer beidseitig garantierten Sicherheit zu berücksichtigen. In einer solchen Verengung des eigentlichen Sicherheitsgedankens auf eine einseitig konzipierte Politik liegt auch eine der Schwächen des Rapacki-Planes. Für den Westen könnte er deshalb nur dann erwägbare sein, wenn in ihm der Gedanke zu finden wäre, daß der Ostblock die dem Atlantikpakt übertragene militärische Sicherungsfunktion und damit seine eminent politische Bedeutung für den Frieden in Europa als Realität anerkennt.

Anmerkungen

¹) Vgl. Wilhelm Cornides, „Entwicklungsstadien des europäischen Sicherheitsproblems 1943—1953“ in: Europa-Archiv, 8—9/1954, S. 6489—6496.

²) Vgl. Wilhelm Cornides, „George Kennan und die Probleme des Friedens in Europa“ in: Europa-Archiv, 3—4/1958, S. 10 504.

³) Vgl. Arnold Bergstraesser, „Die weltpolitische Dynamik der Gegenwart“ in: „Die Internationale Politik 1955“ (Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik), München 1958, S. 4.

⁴) Vgl. Elis Björklund, „Lenk Waffen und die Zukunft“ in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 7. Jg., Heft 11, S. 599.

⁵) Vgl. Raymond Aron, „Answer to George Kennan“ in: Western World, 1958, Nr. 10, S. 17.

⁶) Vgl. George F. Kennan, „Rußland, der Westen und die Atomwaffen“, Berlin 1958, S. 116.

⁷) Dasselbst, S. 119.

⁸) Dasselbst, S. 21.

⁹) Dasselbst, S. 81.

¹⁰) Von uns hervorgehoben.

¹¹) Dasselbst, S. 122.

¹²) Vgl. Aneurin Bevan, „Besser als Furcht“ (In Place of Fear), Frankfurt a. M. 1953, S. 184.

¹³) Vgl. „Acheson Replies to Kennan“ in: Life (International Edition) vom 18. Februar 1958, S. 53.

¹⁴) Vgl. „George Kennans Empfehlungen“ in: Neue Zürcher Zeitung (Fernaussgabe) vom 23. Februar 1958.

¹⁵) Vgl. „Die Verteidigung besteht in der Organisation der Freiheit“ in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 49 vom 13. März 1958, S. 433.

¹⁶) Vgl. Cornides, a. a. O., S. 10 514.

¹⁷) Vgl. außer Henry Kissinger, „Der Einfluß der modernen Rüstungstechnik auf die nationale und kollektive Strategie und Diplomatie“ in: Europa-Archiv, 20—21/1957, S. 10 233 ff., u. a. Feldmarschall Montgomery, „Das Bild der Kriegsführung in einem nuklearen Zeitalter“ in: Außenpolitik (Stuttgart), 8. Jg., Heft 7, Juli 1957, S. 430 ff.; Gardener Patterson und Edgar S. Furniss Jr., „NATO, A Critical Appraisal. Princeton University Conference on NATO“, Princeton, New Jersey 1957; „The Future of the Western Alliance“ in: The Annals (American Academy of Political and Social Science), Juli 1957; General H. J. Kruls, „Die Verteidigung des Westens“ in: Schweizer Monatshefte, 37. Jg., Heft 7, Oktober 1957, S. 553; B. H. Liddell Hart, „Verteidigungspläne im Schmelztiegel“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. November 1957; General C. V. R. Schuyler, „SHAPE-Realities and Prospects“ in: Revue Militaire Générale (Paris), Heft 6, Juni 1957, S. 16 ff.

¹⁸) Vgl. General Ely, „Notre politique militaire“ in: Revue de Défense Nationale, 15. Jg., Juli 1957, S. 1036.

¹⁹) Vgl. „Gedanken zur militärpolitischen Lage Europas“ in: Neue Zürcher Zeitung (Fernaussgabe) vom 2. März 1958, und „Dreifache Uebermacht des Ostens“ in: Die Welt vom 28. Februar 1958.

²⁰) Vgl. „Rapport sur l'état de la sécurité européenne“, vorgelegt von J. Fens (Niederlande) in: „Actes officiels de l'Assemblée de l'Union Européenne Occidentale“, Bd. III, Mai 1957, S. 82 (im folgenden zit. „Actes“), sowie die Dokumente zur 3. NATO-Parlamentarier-Konferenz: „NATO Parliamentary Conference, Resolutions and Reports“, London 1957; Verbatim Reports, Third Annual Conference, alle Paris 1957.

²¹) Vgl. „Actes“, a. a. O., S. 199 (Intervention Pexet, Frankreich).

²²) Ebenda, S. 181 (Intervention de Kinder, Belgien).

²³) Ebenda, S. 122 f. (Intervention Teitgen, Frankreich).

²⁴⁾ Diese Zusammenarbeit findet vor allem zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und Italien statt (vgl. z. B. *Neue Zürcher Zeitung* (Fernaussage) vom 31. Januar 1958 und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. 3. 1958).

²⁵⁾ Vgl. „Actes“, a. a. O., Bd. I, Mai 1957, S. 29.

²⁶⁾ Vgl. „Actes“, a. a. O., Bd. III, Mai 1957, S. 110 (Intervention *Goedhart*) und S. 79 ff. (Intervention *Fens*, beide Niederlande).

²⁷⁾ Dasselbst, S. 83 und S. 117.

²⁸⁾ Dasselbst, S. 131 (Intervention *Paul*, Bundesrepublik).

²⁹⁾ Selbst diese „Integrierung“ ist keine echte, da die in die höheren Stäbe delegierten Offiziere weiterhin Vertreter ihrer Armee bleiben und von dieser abhängen, also keine internationale Beamte sind. (Vgl. „L'intégration des forces des états-majors“ in: *Annuaire Français de Droit International*, Bd. I, Paris 1955, S. 477 ff.)

³⁰⁾ Wortlaut in: *British Information* (Bonn), Nr. 374 vom 17. Februar 1958, S. 2.

³¹⁾ Vgl. H. v. Borch, „Man ist noch nicht soweit“ in: *Die Welt* vom 26. Februar 1958.

³²⁾ Vgl. das Referat von W. Bretscher auf dem Kongreß der Liberalen Weltunion 1957 in Oxford in: *Neue Zürcher Zeitung* (Fernaussage) vom 30. August 1957.

³³⁾ Vgl. Malcolm W. Hoag, „NATO: Deterrent or Shield“ in: *Foreign Affairs*, Vol. 36, Nr. 2, Januar 1958, S. 290 ff.

³⁴⁾ Vgl. beispielsweise den Bericht der „drei Weisen“, englisch in: *NATO Letter* (Paris), Special Supplement, 1. Januar 1957; deutsch in: *Europa-Archiv*, 2/1957, S. 9562 ff.

³⁵⁾ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* (Fernaussage) vom 18. Dezember 1957.

³⁶⁾ Vgl. Resolutions and Reports, a. a. O. (Anm. 20), S. 16 f.

³⁷⁾ Vgl. *The New York Times* vom 16. Dezember 1957.

³⁸⁾ Vgl. *Europa-Archiv*, 1/1958, S. 10 439 ff.

³⁹⁾ Vgl. *The New York Times* vom 18. Dezember 1957.

⁴⁰⁾ Vgl. *Europa-Archiv*, 2/1958, S. 10 472 ff.

⁴¹⁾ Vgl. „Demilitarized Zone in Central Europe“ in: *The Times* vom 23. Januar 1958.

⁴²⁾ Vgl. dazu Wilhelm Cornides, „Die Pariser Verträge und der weltpolitische modus vivendi“ in: „Die Internationale Politik 1955“, a. a. O., S. 163—172 und die dort angeführten Quellen.

⁴³⁾ Vgl. Gerhart Lütken, „Betrachtungen zu einem Deutschlandvertrag“ in: *Außenpolitik*, Heft 3, 1953, S. 141 ff.

⁴⁴⁾ Vgl. *Europa-Archiv*, 10—11/1953, S. 5738 ff.

⁴⁵⁾ Vgl. *Europa-Archiv*, 8—9/1954, S. 6529 f.

⁴⁶⁾ Vgl. zum folgenden Wilhelm Cornides, „Die Pariser Verträge und der weltpolitische modus vivendi“ in: „Die Internationale Politik 1955“, a. a. O., S. 174 f.

⁴⁷⁾ Vgl. den Wortlaut in *Europa-Archiv*, 10—11/1953, S. 5738 ff.

⁴⁸⁾ Vgl. Wortlaut in: *Official Records of the General Assembly*, Ninth Session, 21. September—17. Dezember 1954, New York, S. 283 ff.

⁴⁹⁾ Vgl. *Europa-Archiv*, 16/1955, S. 8100 ff.

⁵⁰⁾ Vgl. Hugh Gaitskell, „The Challenge of Coexistence“, London 1957, S. 56 ff., und das Interview in: *Der Spiegel*, Nr. 25 vom 19. Juni 1957, S. 16 ff.

⁵¹⁾ Vgl. seine Schrift „Eine neutrale Zone in Europa?“, zit. nach *Englische Rundschau*, Nr. 2 vom 18. Februar 1958, S. 29.

⁵²⁾ Vgl. *Die Welt* vom 7. Februar 1958.

⁵³⁾ Vgl. Wortlaut in *Europa-Archiv*, 3—4/1958, S. 10 535 bis 10 541.

⁵⁴⁾ Vgl. hierzu Eberhard Menzel, „Der europäische Sicherheitspakt ein Schritt zur Entspannung im Ost-West-Konflikt und zur Wiedervereinigung Deutschlands“ in: *Europa-Archiv*, 11—12/1955, S. 7891—7906.

⁵⁵⁾ Vgl. zum folgenden Eberhard Menzel, „Die Rüstungskontrolle der Westeuropäischen Union und das NATO-System“ in: *Europa-Archiv*, 9/1957, S. 9776 f.

⁵⁶⁾ Vgl. Hannedore Kahmann, „Der Gemeinsame Markt im Kreuzfeuer der GATT-Kritik“ in: *Europa-Archiv*, 5—6/1958, S. 10 583—10 592.

Sowjetisch-amerikanischer Meinungsaustausch über die Einberufung einer „Gipfel“-Konferenz

Redaktionelle Vorbemerkung

Noch bevor der sowjetische Ministerpräsident *Bulganin* das Schreiben Präsident *Eisenhowers* vom 15. Februar 1958 (vgl. Europa-Archiv 5—6/1958, S. 10 597—10 600) beantwortet hatte, übergab Außenminister Andrej A. *Gromyko* am 28. Februar dem amerikanischen Botschafter in Moskau, Llewellyn E. *Thompson*, ein Aide-mémoire der sowjetischen Regierung, dessen Text zunächst geheimgehalten wurde. (Vgl. den Wortlaut unten.) Nachdem sein Inhalt zum größten Teil durch die am 3. März 1958 erfolgte Veröffentlichung eines Briefes *Gromykos* an den französischen Außenminister Christian *Pineau* vom 1. März mit ähnlichem Inhalt bekannt geworden war, veröffentlichte das amerikanische Außenministerium am 7. März den Text des sowjetischen Aide-mémoire vom 28. Februar zusammen mit der amerikanischen Antwort vom 6. März. Diese war vorher mit den Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten abgestimmt worden. (Vgl. den Wortlaut der Antwort auf S. 10 653.)

Wenige Stunden, bevor die amerikanische Antwort am 6. März der sowjetischen Botschaft in Washington übergeben wurde, hatte der sowjetische Botschafter *Menschikow* eine vom 3. März datierte Botschaft *Bulganins* an *Eisenhower* übergeben. Das umfangreiche Schreiben, dessen Wortlaut hier nicht wiedergegeben wird, war die Antwort auf den Brief des Präsidenten *Eisenhower* vom 15. Februar. Hinsichtlich der Fragen, die mit der Gipfelkonferenz im engeren Sinne zusammenhängen, stellt das Schreiben eine Wiederholung des Aide-mémoire vom 28. Februar dar. Zusätzlich ging *Bulganin* jedoch auf die sowjetische Haltung hinsichtlich des Prinzips der Einstimmigkeit im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein und erklärte, ein Verzicht auf dieses Prinzip sei für die Sowjetunion unannehmbar. Sodann setzte er sich mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in

Großbritannien und mit der für April 1958 geplanten Konferenz der Verteidigungsminister der NATO-Staaten auseinander, ferner mit der Stationierung von Raketen und Atomwaffen in den NATO-Ländern und mit der Ueberlassung von Atomwaffen an diese Länder.

Bulganin erklärte, die Ideologien und Systeme der östlichen und westlichen Welt seien zwar unvereinbar, dennoch begrüße er den amerikanischen Vorschlag, gegenseitige Besuche von einflußreichen Bürgern beider Staaten zu fördern. Eine sowjetische Anregung, Parlamentsdelegationen auszutauschen, sei ja schon vor zwei Jahren ergangen. *Bulganin* stellte dann, indem er einige amerikanische Pressestimmen zitierte, das Anwachsen einer Präventivkriegs-Stimmung als Ergebnis des „Gaither-reports“ fest und äußerte die Besorgnis der Sowjetregierung über den Stand der Vorbereitungen zur Gipfelkonferenz, nachdem auf eine Reihe von konkreten Vorschlägen der Sowjetunion noch keine Antwort der Vereinigten Staaten vorliege.

Sofern *Bulganin* damit die Vorschläge in dem sowjetischen Aide-mémoire vom 28. Februar meinte, so wurden sie, wie erwähnt, durch die wenige Stunden nach Uebergabe des Briefes erfolgte Uebermittlung des amerikanischen Aide-mémoire vom 6. März beantwortet. Dieses amerikanische Aide-mémoire blieb zunächst unbeantwortet, so daß das amerikanische Außenministerium in einer Erklärung vom 20. März 1958 auf eine Antwort drängte.

Am 24. März wurde die sowjetische Antwort in Form eines Aide-mémoire dem amerikanischen Botschafter in Moskau übergeben. (Der Wortlaut dieses Aide-mémoire lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Es wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs veröffentlicht werden.)

Memorandum der Sowjetregierung vom 28. Februar 1958 an die Regierung der Vereinigten Staaten

Die Sowjetregierung legt großen Wert darauf, daß die Beratung auf höchster Ebene unter Teilnahme der Regierungschefs zur Behandlung einer Reihe unaufschiebbarer internationaler Fragen in nächster Zeit stattfindet. Schon jetzt kann man mit Bestimmtheit sagen, daß der Vorschlag zur Einberufung einer solchen Beratung, der in den letzten Monaten Gegenstand des Meinungsaustausches zwischen den Regierungen einer Reihe von Staaten ist, die Billigung und Unterstützung der Regierungen sowie der breitesten Kreise der Öffentlichkeit vieler Länder gefunden hat.

Die Völker fordern, daß wirksame Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr eines Krieges mit Benutzung von Atom- und Wasserstoffwaffen getroffen werden sollen, daß eine Wende zur Gesundung der ganzen internatio-

nalen Lage herbeigeführt wird und Bedingungen für eine friedliche Zusammenarbeit aller Staaten geschaffen werden. Die Völker erwarten von der bevorstehenden Gipfelkonferenz die Lösung gerade dieser historischen Aufgabe.

Der Austausch von Botschaften zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und dem Präsidenten der USA in letzter Zeit zeigte, daß die Regierungen beider Staaten für ein Zusammentreffen der führenden Staatsmänner auf höchster Ebene eintreten.

Jedoch gibt es noch eine Reihe mit der Vorbereitung der Gipfelkonferenz verbundener Fragen, in denen ohne weitere Verzögerung Uebereinstimmung erzielt werden muß, damit die Einberufung der Konferenz beschleunigt wird. Nach Meinung der Sowjetregierung muß man für eine solche Uebereinstimmung alle Mittel und Wege be-

nutzen, die der schnellstmöglichen Erreichung eines Uebereinkommens dienen.

Einige Fragen der Vorbereitung der Konferenz können sofort durch die diplomatischen Kanäle behandelt und entschieden werden. Andererseits haben die Regierungen einer Reihe von Staaten, darunter der USA, die Ansicht geäußert, daß die Durchführung der Vorbereitung nicht nur auf die diplomatischen Kanäle beschränkt sein soll und daß es in einem bestimmten Stadium zweckmäßig ist, eine Beratung der Außenminister einzuberufen.

Unter Berücksichtigung dieses Wunsches erklärt die Sowjetregierung ihr Einverständnis mit der Abhaltung einer Außenministerkonferenz zur beschleunigten Vorbereitung der Gipfelkonferenz mit den Regierungschefs. Die Sowjetregierung schlägt vor, die Beratung der Außenminister im April 1958 abzuhalten.

Da das Ziel einer solchen Beratung der Minister darin bestehen soll, die Zeit der Vorbereitung des Zusammentreffens mit Teilnahme der Regierungschefs auf ein Minimum zu verkürzen, soll der Kreis der Fragen, die der Behandlung durch die Minister unterliegen, nach Meinung der Sowjetregierung streng auf Probleme begrenzt sein, die die organisatorische Seite der Vorbereitung der Gipfelkonferenz betreffen.

Die Sowjetregierung meint, daß die Außenminister beauftragt werden sollen, die Tagesordnung der Gipfelkonferenz auszuarbeiten und ihren Teilnehmerkreis sowie Zeit und Ort ihrer Durchführung zu bestimmen.

Was den Teilnehmerkreis der Beratung der Außenminister betrifft, so sollen nach Ansicht der Sowjetregierung auf ihr etwa dieselben Länder vertreten sein, die an dem Zusammentreffen auf höchster Ebene teilnehmen werden. Die Sowjetunion hat ihre Erwägungen zum Teilnehmerkreis der Beratung schon dargelegt. An ihr können Vertreter aller Staaten des Nordatlantikpaktes und des Warschauer Vertrages sowie Vertreter einer Reihe von Staaten teilnehmen, die nicht zu militärischen Blocks gehören, so zum Beispiel Indiens, Afghanistans, Ägyptens, Schwedens und Oesterreichs.

Wenn es aus diesem oder jenem Grund als wünschenswert anerkannt wird, die Beratung der Außenminister in einem engeren Kreis abzuhalten, so sollten nach Meinung der Sowjetregierung an ihr folgende Staaten teilnehmen: die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, die UdSSR, Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Indien, Jugoslawien und Schweden. Dabei soll solch eine mögliche Beschränkung des Teilnehmerkreises der Beratung der Außenminister auf keinen Fall die Frage des Teilnehmerkreises der bevorstehenden Gipfelkonferenz im voraus festlegen.

Die Sowjetregierung stimmt der Einberufung einer Beratung der Außenminister nach einem Ort zu, der für die anderen Teilnehmer einer solchen Beratung annehmbar ist.

Die Erwägungen der Sowjetregierung in bezug auf die Tagesordnung der Beratung auf höchster Ebene unter Teilnahme der Regierungschefs sind der USA-Regierung schon bekannt. Die Sowjetregierung schlägt vor, auf dieser Beratung folgende herangereifte internationale Fragen zu erörtern:

Sofortige Einstellung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen,

Verzicht der UdSSR, der USA und Großbritanniens auf Anwendung von Kernwaffen,

Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa,

Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages,

Verringerung der Anzahl ausländischer Truppen auf dem Territorium Deutschlands und in anderen europäischen Staaten,

Ausarbeitung eines Vertrages zu Fragen, die mit der Abwendung eines plötzlichen Ueberfalls verbunden sind,

Maßnahmen zur Erweiterung der internationalen Handelsbeziehungen,

Einstellung der Kriegspropaganda,

Wege zur Minderung der Spannungen im Gebiet des Nahen und Mittleren Ostens.

Außerdem ist die Sowjetregierung, wie schon wiederholt betont, bereit, mit allgemeiner Zustimmung auf der Beratung auch andere konstruktive Vorschläge, die von anderen Teilnehmern der Beratung vorgebracht werden können, zu erörtern, die auf die Einstellung des kalten Krieges gerichtet sind.

Die Sowjetregierung hat die Erwägungen, die in den Botschaften des Präsidenten der USA, D. Eisenhower, an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, enthalten sind, sorgfältig studiert und drückt ihre Bereitschaft aus, auf der Gipfelkonferenz auch folgende Fragen zu erörtern:

Verbot der Benutzung des kosmischen Raumes zu militärischen Zwecken und die Liquidierung ausländischer Militärstützpunkte auf fremden Territorien. Die Erreichung eines Abkommens auf diesem wichtigen Gebiet würde die Gefahr eines plötzlichen Kriegausbruches um vieles verringern und wäre ein großer Schritt zur Sicherung der Bedingungen für ein ruhiges und friedliches Leben der Völker.

Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Zur Erörterung dieser Frage schlägt die Sowjetregierung vor, die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik hinzuzuziehen. Es ist verständlich, daß die Frage der Vereinigung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zu einem Staat, die völlig zur Kompetenz dieser beiden deutschen Staaten gehört, nicht Gegenstand von Erörterungen auf der bevorstehenden Gipfelkonferenz sein kann.

Die Entwicklung von Verbindungen und Kontakten zwischen den Ländern. Die Sowjetregierung tritt unbeirrt für eine allseitige Entwicklung solcher Kontakte ein. Sie teilt die Erwägungen über die Wichtigkeit von Kontakten solcher Art, die in der Botschaft Präsident Eisenhowsers vom 15. Februar dieses Jahres geäußert worden sind. Ihrerseits mißt die Sowjetregierung der Aufrechterhaltung systematischer persönlicher Kontakte zwischen den führenden Staatsmännern zum Meinungsaustausch über aktuelle Fragen im Interesse der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und der Festigung eines allgemeinen Friedens große Bedeutung bei.

Gleichzeitig hält es die Sowjetregierung, wie schon mehrfach hervorgehoben, für völlig unmöglich, auf der Gipfelkonferenz wie auch auf einer beliebigen anderen internationalen Konferenz solche Fragen zu behandeln, die den Bereich der inneren Angelegenheiten dieses oder jenes Staates berühren. Gerade zu dieser Kategorie gehört die von der Regierung der USA aufgeworfene Frage der Situation in den Ländern Osteuropas. Die Behand-

lung derartiger Fragen würde eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten bedeuten, an der sich die Sowjetunion niemals und in keinem Falle beteiligen wird. Die Sowjetregierung kann überhaupt nicht verstehen, warum man an sie den Vorschlag richtet, die inneren Angelegenheiten dritter Länder zu behandeln, die souveräne Staaten darstellen und mit denen die Regierung der UdSSR ebenso wie die Regierung der USA normale diplomatische Beziehungen unterhält. Nach Meinung der Sowjetregierung bedeutet das Aufwerfen von Fragen solcher Art, daß man bewußt auf eine Verschärfung der Beziehungen zwischen den Staaten abzielt und bewußt die Erreichung eines Uebereinkommens über die unaufschiebbaren Fragen der Li-

quidierung des kalten Krieges und die Minderung der internationalen Spannung in Gefahr bringt.

Die Sowjetregierung hält es zur Gewährleistung des Erfolges einer Konferenz auf höchster Ebene für erforderlich, daß die Aufmerksamkeit der Teilnehmer der Konferenz auf solche Fragen konzentriert wird, deren Lösung wirklich zur Minderung der internationalen Spannung, zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Staaten und zur Festigung des Friedens beitragen wird.

Die Sowjetregierung bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Regierung der USA sich positiv zu den oben dargelegten Erwägungen verhält.

Quelle: *Neues Deutschland* Nr. 58 vom 8. März 1958.

Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten an die Sowjetregierung vom 6. März 1958

I

Die Vereinigten Staaten bestätigen den Empfang des Memorandums, das der sowjetische Außenminister Gromyko dem Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau am 28. Februar 1958 überreicht hat. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat dieses Memorandum aufmerksam geprüft.

II

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist über die Tatsache befriedigt, daß die Sowjetunion nunmehr bereit ist, „alle Mittel und Wege“, einschließlich einer Außenministerkonferenz, zu benutzen, um Uebereinstimmung über ein Treffen auf der höchsten Regierungsebene herbeizuführen. Auf der anderen Seite bedauert die Regierung der Vereinigten Staaten, feststellen zu müssen, daß die Art der Vorbereitungen, wie sie der sowjetischen Regierung vorschwebt, nicht dem entsprechen, was nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten notwendig ist, um sicherzustellen, daß ein solches Treffen wirklich der Verringerung der internationalen Spannungen dient.

III

Das Memorandum der sowjetischen Regierung und die vorausgegangenen Schreiben von Ministerpräsident Bulganin an Präsident Eisenhower vom Dezember und Januar werfen hinsichtlich einer „Gipfelkonferenz“ eine grundlegende Frage auf:

Zu welchem Zweck würde eine „Gipfelkonferenz“ abgehalten werden? Besteht der Zweck lediglich darin, ein Schauspiel über die Bühne gehen zu lassen? Oder ist beabsichtigt, bedeutsame Entscheidungen zu treffen?

Die Vereinigten Staaten wünschen ein Treffen der Regierungschefs, auf dem bedeutsame Entscheidungen getroffen werden, die einen Anfang bedeuten, um ernsthaft zumindest einige der wichtigen politischen Fragen zu lösen; auf dem einige bedeutsame Schritte zur Begrenzung der Rüstungen getan werden und auf dem durch solche Entscheidungen eine Atmosphäre geschaffen wird, die zu weiteren Lösungen beiträgt. Alles andere würde nicht den Hoffnungen und in der Tat auch nicht den Forderungen der Menschheit entsprechen.

IV

Wenn eine Konferenz der Regierungschefs bedeutsame Entscheidungen treffen soll, dann müßten die Grundlagen für diese Entscheidungen im voraus vorbereitet werden.

Das Schreiben Ministerpräsident Bulganins an Präsident Eisenhower vom 1. Februar 1958, auf das in dem sowjetischen Memorandum vom 28. Februar Bezug genommen wird, erklärt hinsichtlich der Tagesordnung, daß diese sich auch darauf konzentrieren sollte, „die dringlichsten Probleme zu behandeln, bei denen auf Grund der bekannten Einstellungen der einzelnen Staaten eine positive Lösung zum gegenwärtigen Zeitpunkt in gewissem Maße sichergestellt ist“.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist nicht der Ansicht, daß die Tagesordnung unbedingt auf die Punkte beschränkt werden sollte, bei denen eine Lösung jetzt gesichert erscheint. Umfassendere Diskussionen können vielleicht wünschenswert sein. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten stimmt mit der Regierung der Sowjetunion darin überein, daß die Tagesordnung unbedingt einige bedeutende und wichtige Punkte einschließen sollte, bei denen eine Uebereinkunft möglich ist.

Welches sind nun solche Punkte? Die jetzt bekannten Auffassungen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten lassen bisher nicht die Wahrscheinlichkeit einer Uebereinkunft in irgendwelchen Fragen von Bedeutung erkennen, die von einer unserer Regierungen im Verlauf der umfassenden Korrespondenz zwischen Ministerpräsident Bulganin und Präsident Eisenhower behandelt worden sind.

Wie sollen nun Gebiete für eine mögliche Uebereinkunft gefunden, entwickelt und definiert werden?

Das sowjetische Memorandum erklärt, daß die vorbereitende Arbeit der Außenminister sich „strikt auf die Fragen beschränken soll, die mit der organisatorischen Seite der Vorbereitung für ein Gipfeltreffen zusammenhängen“.

Die Regierung der Vereinigten Staaten drängt nicht darauf, daß die gesamte Vorbereitungsarbeit einer Außenministerkonferenz übertragen werden soll, sofern es irgendein anderes akzeptables Verfahren gibt. Aber die Vereinigten Staaten sind der Ueberzeugung, daß, wenn ein Treffen der Regierungschefs stattfinden soll, in irgendeiner Weise eine konkrete Vorbereitungsarbeit erfolgen muß, damit sichergestellt wird, daß eine solche Konferenz den Bedingungen entspricht, die beide Regierungen akzeptieren. Die Vereinigten Staaten schlagen als Alternative oder zusätzliches Mittel die Verwendung diplomatischer Kanäle vor.

V

Hinsichtlich der sowjetischen Erklärungen über eine wünschenswerte Zusammensetzung der Tagesordnung ist die Einstellung der Regierung der Vereinigten Staaten zu bestimmten spezifischen Punkten die folgende:

Erstens: Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß jede neue Konferenz der Regierungschefs die vorangegangenen Konferenzen nicht ignorieren darf, sondern am besten dort beginnen sollte, wo diese Konferenzen endeten. Konferenzen der Regierungschefs werden schnell ihre besondere Bedeutung und Autorität verlieren, die ihnen gegenwärtig zugemessen wird, wenn eine zweite Konferenz die Vereinbarungen und Abkommen der ersten Konferenz in Vergessenheit geraten läßt.

Zweitens: Die Genfer Gipfelkonferenz vom Jahre 1955 befaßte sich mit drei Hauptthemen: 1. europäische Sicherheit und Deutschland; 2. Abrüstung; und 3. Entwicklung von Kontakten zwischen Ost und West.

Bezüglich des dritten Punktes haben nicht nachlassende Bemühungen während der letzten zweieinhalb Jahre zu einem Abkommen geführt, das durch die diplomatischen Verhandlungen in Washington zustande kam. Dieses Abkommen wurde am 27. Januar 1958 geschlossen. Wenn dieses Übereinkommen auch keineswegs voll und ganz dem entspricht, was wir wünschen, so weist es doch etwas auf, was nach unserer Hoffnung ein konkreter Fortschritt bezüglich des dritten Punktes der Tagesordnung von 1955 sein wird.

Bezüglich der beiden anderen Themen — europäische Sicherheit und Deutschland sowie Abrüstung — wurde kein Fortschritt erzielt.

Drittens: Auf der Genfer Konferenz des Jahres 1955 stimmte man überein, daß „zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und den Problemen der europäischen Sicherheit ein enger Zusammenhang“ besteht. Die Chiefs der vier Regierungen erkannten „ihre gemeinsame Verantwortlichkeit für die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands“ an. Darüber hinaus kamen die vier Regierungschefs überein, „daß die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit erfolgen soll“.

Das sowjetische Memorandum vom 28. Februar betont jedoch nachdrücklich, daß die Wiedervereinigung Deutschlands „nicht das Thema für Erörterungen auf einer kommenden Konferenz auf höchster Ebene sein kann“.

Viertens: Auf der Genfer Konferenz der Regierungschefs kam man überein, daß wir „zusammenarbeiten würden, um durch den Unterausschuß der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen ein annehmbares System für die Abrüstung zu entwickeln“.

Die Sowjetunion lehnte es jedoch ab, in dem Unterausschuß der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen, ja sogar in der Abrüstungskommission selbst mitzuarbeiten.

Fünftens: Bezüglich der Tagesordnung im allgemeinen scheint die sowjetische Regierung ein Vetorecht für sich zu beanspruchen, ohne der Gegenseite in dieser Hinsicht das gleiche Recht einzuräumen. Die Regierung der Vereinigten Staaten schlägt vor, daß bei der Auswahl der zu behandelnden Punkte ein vernünftiges „Geben und Nehmen“ gewährleistet sein muß. Auf jeden Fall würden es die Vereinigten Staaten als unmöglich ansehen, an einer

Konferenz teilzunehmen, bei der schon im voraus irgendeinem Staat besondere Privilegien und Vollmachten zugestanden werden.

VI

Das sowjetische Memorandum deutet an, daß die Gipfelkonferenz eine „scharfe Wendung“ in Richtung auf eine Verbesserung der gesamten internationalen Lage und die „Schaffung von Bedingungen für die friedliche Zusammenarbeit aller Staaten“ darstellen soll. Dieses außerordentlich wünschenswerte Ergebnis kann jedoch nach Auffassung der Vereinigten Staaten nicht erreicht werden, wenn die Hauptursachen der internationalen Spannung von der Erörterung ausgeschlossen werden.

Eine wesentliche Ursache, vielleicht die grundlegende Ursache der Spannung überhaupt, ist die Unterstützung, die der sowjetische Staat den weltweiten Ambitionen des internationalen Kommunismus angedeihen läßt. Weitere wichtige Gründe für die Spannung, die vielleicht Manifestationen der oben aufgeführten grundlegenden Ursache sind, sind die durch Zwang aufrechterhaltene Teilung Deutschlands sowie die Einmischung in Ländern Osteuropas von außen, die dazu führt, den Völkern ihr Recht vorzuenthalten, ihre eigenen Regierungen frei zu wählen. Die Vereinigten Staaten streben nicht, wie die sowjetische Regierung behauptet, danach, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen einzumischen, sondern vielmehr nach einer Beseitigung einer solchen Einmischung.

Die Vereinigten Staaten sind weiter der Auffassung, daß es wirksame Maßnahmen zur Abrüstung — einschließlich von Schritten, um der Produktion von Kernwaffen und ihren Einsatzmitteln Einhalt zu gebieten — geben muß. Ministerpräsident Bulganin hat in seinem Schreiben an Präsident Eisenhower vom 10. Dezember die „Konkurrenz in der Produktion immer neuerer Typen von Waffen“ bedauert. Das sowjetische Memorandum regt keine Erörterung dieses Problems an. Die Sowjetunion scheint anzunehmen, daß die Produktion immer neuerer Typen von Waffen ohne Einhalt und ohne Kontrolle weitergehen wird.

VII

Es ist nach unserer Meinung nicht notwendig, daß alle Probleme, denen wir uns gegenübersehen und die uns trennen, auf einmal gelöst werden müssen. Wir sind jedoch der festen Überzeugung, daß — wenn es eine Konferenz der Regierungschefs geben soll — sich dieses Treffen wirksamer als die letzte Konferenz mit wesentlichen Fragen befaßt, ohne daß dadurch die nachfolgende Behandlung der anderen Probleme ausgeschlossen wird. Ein Treffen der Regierungschefs, das lediglich auf zeremonieller oder gesellschaftlicher Ebene stattfindet oder auf dem lediglich bereits gegebene Versprechen oder bereits zum Ausdruck gebrachte Hoffnung wiederholt werden, wäre nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten nicht gerechtfertigt.

In dem sowjetischen Memorandum wird eine Reihe anderer Probleme, wie etwa die Zusammensetzung der Konferenz der Außenminister und der Konferenz der Regierungschefs, angeschnitten, zu denen die Vereinigten Staaten sich ihre Stellungnahme vorbehalten, bis eine weitere Klärung der Ansichten der Sowjetunion zu den oben angeführten Punkten erfolgt ist. Bevor diese anderen Probleme an dieser Stelle zweckmäßigerweise er-

örtet werden können, scheint eine Uebereinstimmung über die Konzeption der Art und Zielsetzung einer Konferenz der Regierungschefs notwendig.

Die Vereinigten Staaten bekräftigen — von der Annahme ausgehend, daß eine Konferenz der Regierungschefs stattfinden wird — erneut ihren Wunsch, daß diese nicht als ein Schauspiel abgehalten und nicht zur erneuten

Beteuerung von Gemeinplätzen stattfinden wird, sondern um ernsthafte Entscheidungen zu treffen, die zu einer internationalen Atmosphäre der Zusammenarbeit und des guten Willens führen werden.

Quelle: *The New York Times*, International Edition, Nr. 36 567 vom 7. März 1958. Deutscher Text: United States Information Service, Frankfurt am Main.

Die Wiedervereinigung Deutschlands als Tagesordnungspunkt einer „Gipfel“-Konferenz

Redaktionelle Vorbemerkung

Verlauf und Ergebnisse der Genfer Gipfelkonferenz von 1955 sind im wesentlichen in den Vorverhandlungen entschieden worden, die der formellen Annahme der Einladung der Westmächte durch die Sowjetunion vorausgingen. Ähnliches wird auch für die neue Gipfelkonferenz zu erwarten sein. Diesmal ging die Initiative von der Sowjetunion aus (vgl. die sowjetische Brief- und Notenaktion vom Januar 1958 für die Einberufung einer neuen Gipfelkonferenz in Europa-Archiv 3—4/1958, S. 10 529—10 540). Nun versuchen die Westmächte, ihre Teilnahme an der Konferenz von Bedingungen abhängig zu machen, die ihnen eine bewegliche Weiterführung ihrer bisherigen Politik gestatten würden. Das gleiche gilt auch für die Sowjetunion. Bei dem Ringen um die Tagesordnung geht es daher bereits um die Entscheidungen selbst.

Die Vorverhandlungen für die Gipfelkonferenz von 1955 endeten damit, daß eine Änderung der Rangordnung der weltpolitisch aktuellen Themen eintrat. Die Abrüstungsverhandlungen, bis dahin eine Domäne der Experten, rückten an die Spitze der hochpolitischen Themen, obgleich an der Spitze der Tagesordnung noch „Europäische Sicherheit und Deutschland“ stand. Die Sowjetunion wollte in Genf ihre Machtposition in Europa sichern und legitimieren. Sie war dazu bereit, den status quo der Teilung Europas und Deutschlands politisch und militärisch zu garantieren. Die Westmächte hielten dagegen

an ihrem Gesamtprogramm des „peaceful change“ für die Deutschlandfrage und das europäische Sicherheitsproblem fest, das der engen Verbindung beider Probleme Rechnung trug. In den Vorverhandlungen für die neue Gipfelkonferenz versucht nun die Sowjetunion, die Deutschlandfrage noch weiter in den Hintergrund zu drängen und vor allem das Junktim mit der Frage der europäischen Sicherheit aufzulösen. Dazu setzt sie, wie das sowjetische Memorandum vom 28. Februar 1958 (vgl. S. 10 651 dieser Folge) vermuten läßt, zwei Hebel an:

a) den Rapacki-Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, ergänzt durch den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes, sowie ein Abkommen über die Verringerung der ausländischen Truppen auf dem Territorium Deutschlands und in anderen europäischen Staaten;

b) den Vorschlag eines Friedensvertrages mit Deutschland, der die Frage der Wiedervereinigung ausklammert und ihre Regelung „den beiden deutschen Staaten“ überlassen soll.

Beide Hebel wirken im gleichen Sinne, das Gesamtprogramm der Westmächte auseinanderzubrechen und ihre latenten Meinungsverschiedenheiten durch Teilverhandlungen über die einzelnen Bruchstücke zu aktivieren und auszunutzen. In diesen weiteren Zusammenhang müssen auch die beiden nachfolgenden Dokumente eingeordnet werden.

Co.

Erklärung der Bundesregierung vom 15. März 1958

In der letzten Zeit ist auf Grund unvollständiger oder unzutreffender Mitteilungen der Presse hier und da der Eindruck entstanden, daß die westliche Welt ihren bisherigen Standpunkt aufgegeben habe, wonach auch die Frage der Wiedervereinigung Gegenstand der Verhandlungen einer möglichen Gipfelkonferenz sein müsse. Die Bundesregierung weiß sich mit ihren Verbündeten, insbesondere auch mit den Vereinigten Staaten, darin einig, daß von einer solchen Änderung der Beurteilung keine Rede sein kann.

Die Bundesregierung wird darum auch wie seither mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür eintreten, daß die deutsche Frage auf einer bevorstehenden Konferenz behandelt wird. Sie ist nach wie vor der Ueberzeugung, daß man ein politisches Problem von solcher zentraler Bedeutung nicht ausklammern kann, ohne die

Aussichten einer Konferenz auf höchster Ebene zu gefährden.

Diese Erkenntnis bestärkt die Bundesregierung in ihrer bisherigen Ueberzeugung, daß eine solche Konferenz sorgfältig auf diplomatischem Wege und gegebenenfalls auch durch die Vorschaltung einer Außenministerkonferenz vorbereitet werden muß.

Damit verliert das dringliche Problem einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung nicht an Bedeutung. Die Bundesregierung hat jedoch nie einen Zweifel daran gelassen, daß nach ihrer Ueberzeugung die Durchführung einer Vereinbarung über eine allgemeine kontrollierte Abrüstung auch die Behandlung und Lösung der deutschen Frage in sich schließen muß.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 52 vom 18. März 1958.

Aide-mémoire der Sowjetregierung vom 19. März 1958

Die sowjetische Regierung, auf deren Initiative ein Meinungsaustausch zwischen den Staaten zwecks Durchführung einer Konferenz auf höchster Ebene begonnen hat, erachtet es für erforderlich, ihren Standpunkt zu der Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. März bezüglich der Einbeziehung der deutschen Frage in die Erörterung auf der erwähnten Konferenz darzulegen. In den entsprechenden Vorschlägen, die ebenfalls der Bundesregierung überreicht wurden, hat sich die sowjetische Regierung dafür ausgesprochen, daß die Konferenzteilnehmer ihre Aufmerksamkeit auf die dringlichsten für eine Uebereinkunft herangereiften internationalen Fragen konzentrieren sollten, wie: die unverzügliche Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche, die Schaffung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die Herabsetzung der Stärke der ausländischen Truppen auf dem Hoheitsgebiet Deutschlands und innerhalb der Grenzen anderer Staaten u. a. Die sowjetische Regierung läßt sich von der Ueberlegung leiten, daß die Regelung der von ihr vorgeschlagenen Fragen eine bessere Grundlage für ein gegenseitiges Verstehen zwischen den Staaten schaffen und den Boden für die Lösung derjenigen strittigen internationalen Fragen vorbereiten wird, in denen die Standpunkte der interessierten Parteien noch weit voneinander entfernt sind. Sie hat sich ebenfalls damit einverstanden erklärt, auf der Konferenz eine Reihe von Vorschlägen, die im Zuge des Meinungsaustausches bei der Vorbereitung anderer Staaten für die Konferenz vorgebracht wurden, zu erörtern.

Andererseits hat die sowjetische Regierung sowohl in ihren amtlichen Dokumenten wie auch in den Unterredungen, die der sowjetische Botschafter in Bonn in ihrem Auftrag mit dem Bundeskanzler und dem Minister des Auswärtigen geführt hat, die Bundesregierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Versuche, die deutsche Frage in der Form, wie es bisher von der Regierung der BRD vorgeschlagen wurde, auf der Gipfelkonferenz zur Sprache zu bringen, nur Hindernisse auf dem Wege zur Einberufung einer solchen Konferenz schaffen können. Die sowjetische Regierung, die Kontakte zu den Regierungen der beiden deutschen Staaten — der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik — unterhält, hat die in Deutschland geäußerten Wünsche gleichzeitig mit Verständnis und Mitgefühl aufgenommen und zusätzlich zu dem ursprünglich angeregten Fragenkreis den Regierungen der USA und anderer Westmächte vorgeschlagen, die Frage der Vorbereitung und des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages in die Tagesordnung für die Konferenz einzubeziehen.

Die sowjetische Regierung ging hierbei davon aus, daß die Arbeit an der Vorbereitung des Friedensvertrages es dem deutschen Volk ermöglichen wird, klare Vorstellungen über die Entwicklung Deutschlands in der Zukunft zu bekommen, und den Anstoß zur Vereinigung der Anstrengungen der beiden deutschen Staaten zur Wiederherstellung der nationalen und staatlichen Einheit des deutschen Volkes geben wird.

Wie man voll und ganz zu Recht annehmen darf, bewegt das deutsche Volk die Frage des Friedensvertrages, auf den es nun schon bald 13 Jahre wartet, tief. Es ist doch bekannt, daß die Frage des Friedensvertrages mit

Deutschland zugleich die Frage der endgültigen Beseitigung der Kriegsfolgen und die Frage der Festlegung derjenigen militärischen und teilweise auch politischen und wirtschaftlichen Bedingungen ist, bei deren Beachtung die Entwicklung Deutschlands von irgendwelcher Einmischung von außen her bewahrt und ihr Hoheitsgebiet vom Verbleiben ausländischer Truppen frei wäre.

Leider hat die Bundesregierung zum Vorschlag über die Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages wie übrigens auch hinsichtlich vieler anderer Vorschläge zur Konferenz der Vertreter der Staaten auf höchster Ebene und insbesondere zu denjenigen Vorschlägen, die Westdeutschland direkt betreffen, eine ausweichende und im Grunde genommen sehr ablehnende Haltung eingenommen.

Gewisse offizielle Persönlichkeiten der BRD scheuen nicht davor zurück, den Sinn des sowjetischen Vorschlages zu entstellen, indem sie z. B. behaupten, die Sowjetunion trete angeblich für den Abschluß von zwei Friedensverträgen — also je eines Friedensvertrages mit jedem der beiden deutschen Staaten ein — ein. Zur Vermeidung weiteren Geredes hält es die sowjetische Regierung für erforderlich, nochmals zu erklären, daß sie für den Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland eintritt. Ihrer Ansicht nach eröffnet der Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Schaffung einer deutschen Konföderation dafür die realsten Möglichkeiten, doch ist die sowjetische Regierung weit davon entfernt, irgend jemandem diese oder jene Rezepte für die Lösung der deutschen Frage aufzuzwingen. Im Gegenteil, sie würde denjenigen Beschluß über eine entsprechende Vertretung Deutschlands bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages als das Gebührende annehmen, der im Ergebnis einer Uebereinkunft zwischen den beiden deutschen Staaten ausgearbeitet werden wird. Mit anderen Worten, die Deutschen selbst müssen die Möglichkeiten erforschen, damit die DDR und die BRD in staatsrechtlicher Hinsicht zu einem Staat werden, der den Friedensvertrag mit der Sowjetunion, den USA, England, Frankreich und den anderen Teilnehmerstaaten dieses Vertrages unterzeichnet.

Was die Hinzuziehung mit entsprechenden Vollmachten ausgestatteter deutscher Vertreter zu den Verhandlungen über die Vorbereitung eines Friedensvertrages in den Anfangsstadien anbelangt, so geht es hier natürlich nicht darum, daß die BRD die DDR oder die DDR die BRD anerkennen soll, sondern darum, daß auch auf dieser Etappe die Interessen der beiden deutschen Staaten in gebührender Weise berücksichtigt werden.

In ihrer Erklärung vom 15. März benutzt die Bundesregierung zwar den Ausdruck „die deutsche Frage“ und vermeidet es, offen auszusprechen, wie sie es früher getan hat, daß die Konferenz auf höchster Ebene nahezu als einziges Ziel die Erörterung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands haben soll. Jedoch lassen frühere Erklärungen der Bundesregierung zu dieser Frage ebenso wie ihre offenkundig ablehnende Einstellung zu dem Vorschlag, auf der Konferenz die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern, keinen Zweifel daran, daß sie, wie auch früher, sich von der Suche nach Wegen zur Vereinigung Deutschlands fernhalten und die

Erörterung dieser in erster Linie innerdeutschen Frage anderen übertragen will, und zwar — den vier Großmächten. Wie jedoch die Erfahrung aus vielen vergangenen Jahren zeigt, erweisen diejenigen, die trügerische Illusionen hinsichtlich des Vorhandenseins irgendwelcher Umwege zur Vereinigung Deutschlands ohne Annäherung und Herstellung eines Einvernehmens zwischen der DDR und der BRD verbreiten, nach der Ueberzeugung der sowjetischen Regierung, dem deutschen Volk einen schlechten Dienst.

Der Regierung der BRD ist wohlbekannt, daß die sowjetische Regierung die vorhandenen Vorschläge, auf der Gipfelkonferenz die Frage der Vereinigung Deutschlands zu erörtern, entschieden ablehnt, da diese Aufgabe von niemandem anderen außer den beiden deutschen Staaten selbst, die die Vereinigung wünschen, gelöst werden kann. Dieser Standpunkt der Sowjetunion war und bleibt unverändert. Wenn die Bundesregierung dennoch dafür eintritt, daß die Frage der Vereinigung Deutschlands auf der bevorstehenden Konferenz erörtert werde, so kann dies nicht anders gewertet werden als das Bestreben, die Einberufung der Konferenz zu erschweren und damit auch die Lösung der deutschen Frage hinauszuschieben. Da die Bundesregierung sich allem Anschein nach nicht ernstlich mit dem Vorschlag über den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu beschäftigen wünscht, schlägt sie sich, wie auch im März 1952, auf die Seite derer, die damals die Erörterung des sowjetischen Entwurfs über die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland verhindert und es in der ganzen Nachkriegsperiode nicht zuwege gebracht haben, eigene Vorschläge über den Inhalt des Friedensvertrages vorzulegen.

Es scheint so, daß jedes Mal, wenn reale Möglichkeiten auftauchen, um die Lösung der deutschen Frage voranzutreiben, in Westdeutschland diejenigen Kräfte die Oberhand gewinnen, die bestrebt sind, entstandene Möglichkeiten zu beseitigen und die Sache in eine Sackgasse zu führen, um eine Abschwächung der internationalen Entspannung zu verhindern und um den gefährlichen Weg der Kriegsvorbereitungen der NATO zu beschreiten.

Es ist kein Zufall, daß in Westdeutschland viele Menschen zu der Schlußfolgerung kommen, daß die Bundes-

regierung scheinbar den Ergebnissen der Reise ihres Kriegsministers in die USA zwecks Beschaffung amerikanischer Raketen- und Atomwaffen für die Bundeswehr unvergleichlich mehr Bedeutung beimißt als der Konferenz zwischen Ost und West, die eine Verminderung der internationalen Spannung und die Beseitigung des „Kalten Krieges“ bezweckt. Davon zeugt auch das Bestreben der Bundesregierung, auch die Lösung eines derart wichtigen Problems der Gegenwart, wie das Abrüstungsproblem, das die Interessen aller Staaten ohne Ausnahme berührt, zu unterbinden, indem sie mit diesem Problem stets die Frage der Vereinigung Deutschlands künstlich verknüpft. Die Versuche, die Lösung der Abrüstungsfragen und die Durchführung bestimmter Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit in Europa von der Frage der Vereinigung Deutschlands abhängig zu machen, fügen der Vorbereitung einer Konferenz auf höchster Ebene ernsthaften Schaden zu, was die Verurteilung von seiten derjenigen Völker hervorrufen muß, die die Sicherung eines dauerhaften Friedens anstreben.

Aus verständlichen Gründen wäre es merkwürdig, wenn die Sowjetunion ein größeres Interesse an der Erörterung der Frage eines deutschen Friedensvertrages an den Tag legte als die BRD.

Es entsteht der Eindruck, daß die Bundesregierung bestimmten außereuropäischen Kreisen zuliebe sich damit einverstanden erklärt, die Rolle des Initiators bei der Errichtung aller nur möglichen Hindernisse im Zusammenhang mit der Einberufung einer Konferenz auf höchster Ebene zu übernehmen, deren Notwendigkeit bereits von der Mehrheit aller Staaten anerkannt wurde.

Die sowjetische Regierung erwartet, daß die Bundesregierung noch einmal die ernsthaften Folgen abwägt, die im Ergebnis ihrer gegenwärtigen Einstellung in bezug auf die Einberufung einer Konferenz auf höchster Ebene entstehen können, und es als möglich erachtet, ihrerseits einen konstruktiven Beitrag zur Vorbereitung und Sicherung des Erfolges dieser Konferenz zu leisten.

Quelle: Mitteilung an die Presse Nr. 279/58 vom 20. März 1958. Veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Die Tagungen des Rates der Westeuropäischen Union

Kommuniqué des Rates der WEU vom 14. Dezember 1957*

Der Rat der Westeuropäischen Union trat am Nachmittag des 14. Dezember im Palais de Chaillot in Paris zusammen. Den Vorsitz führte der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Herr von Brentano. Belgien

war vertreten durch Herrn Larock, Frankreich durch Herrn Pineau, Italien durch Herrn Pella, Luxemburg durch Herrn Bech, die Niederlande durch Herrn van der Beugel und das Vereinigte Königreich durch Herrn Selwyn Lloyd.

*) Der im Kommuniqué erwähnte Anhang wird hier nicht wiedergegeben. Die genannte Konvention sieht die Bildung eines „Rüstungskontroll-Gerichtshofes“ zur Bestimmung von Schadensersatzansprüchen vor, die im Falle der Schädigung privater Interessen durch Mißbrauch oder Ueberschreitung der Befugnisse des WEU-Rüstungskontrollamtes gegen die WEU geltend gemacht werden.

Das Abkommen zu Artikel V beschäftigt sich mit Stärke und Bewaffnung von Kräften zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, unterhalten und unter dem Oberbefehl von Mitgliedstaaten auf dem Festland. Die Minister werden ihre ständigen Vertreter im Rat in London anweisen, Methoden zu

suchen, nach denen regelmäßig geprüft werden kann, ob diese Kräfte die festgesetzten Grenzen nicht überschreiten, und zu überlegen, ob Vorsorge getroffen werden kann, daß nicht ein Land das Abkommen umgeht, indem Truppen von einer Kategorie in eine andere übergeführt werden.

Außenminister von Brentano, der auf der Tagung den Vorsitz führte, wies darauf hin, daß das Abkommen nicht ohne die Bereitschaft der NATO, ihren Beitrag dazu zu leisten, wirksam werden könne, da die NATO der WEU die Informationen liefern müsse, selbst über diejenigen Truppen, die, obgleich nicht unter NATO-Kommando, von den WEU-Ländern für die „gemeinsame Verteidigung“ unterhalten werden.

Die Minister unterzeichneten eine Konvention, in der Vorkehrungen getroffen werden für das juristische Verfahren gemäß Protokoll Nr. IV des revidierten Brüsseler Vertrags, sowie ein Abkommen zur Ausführung von Artikel V des Protokolls Nr. II hinsichtlich der unter nationalem Oberbefehl verbleibenden Streitkräfte. Eine Zusammenfassung und Erläuterung des Zwecks dieser Konventionen ist im Anhang beigefügt.

Als Vorbereitung für eine gemeinsame Sitzung mit Vertretern der Versammlung der WEU, die morgen, am 15. Dezember, stattfinden wird, erörterte der Rat eine Reihe von Fragen, die sich aus der Arbeit der Versammlung ergeben, insbesondere die Empfehlungen, die von der Versammlung während ihrer letzten Sitzungsperiode im Oktober in Straßburg angenommen wurden.

Quelle: WEU, *Press Release*, Übersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué des Rates der WEU vom 29. Januar 1958

Auf seiner Tagung am 18. März 1957¹ erörterte der Rat der Westeuropäischen Union bestimmte Vorschläge der britischen Regierung vom 14. Februar 1957 über die künftige Stationierung ihrer Streitkräfte auf dem europäischen Festland, die dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) unterstellt sind. Unter Berücksichtigung der Auffassungen von SACEUR ermächtigte der Rat die britische Regierung, ihre Pläne für den Abzug einiger ihrer Streitkräfte während 1957/58 durchzuführen.

Auf der gleichen Tagung kam der Rat ebenfalls überein, daß die britischen Vorschläge für eine Verminderung

der Streitkräfte während 1958/59 von der WEU zu einem späteren Zeitpunkt, in voller Kenntnis der Auffassungen des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa, erörtert werden sollten.

Nachdem diese Erörterungen stattgefunden haben, hat der Rat der Westeuropäischen Union auf seiner Sitzung am 29. Januar 1958 dem britischen Vorschlag auf Abzug von 8500 Mann vom europäischen Festland als einem Teil der britischen Gesamtverteidigungsplanung für 1958/59 zugestimmt.

Quelle: Western European Union, *Press Release* vom 29. Januar 1958. Übersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué des Rates der WEU vom 5. März 1958

Am 5. März 1958 fand eine Sitzung des Rates der Westeuropäischen Union im Palazzo Braschi in Rom unter dem Vorsitz des italienischen Außenministers, Herrn Pella, statt. Belgien war durch Herrn Larock vertreten, Frankreich durch M. Faure, die Bundesrepublik Deutschland durch Herrn von Brentano, Luxemburg durch Herrn Bech, die Niederlande durch Herrn Luns und das Vereinigte Königreich durch Mr. Selwyn Lloyd.

Bei Eröffnung der Sitzung gab der Rat seiner Freude darüber Ausdruck, daß diese erste Sitzung des Rates der Westeuropäischen Union in Rom stattfindet, und hob die Bedeutung der Organisation als Bindeglied zwischen dem Vereinigten Königreich und Kontinentaleuropa hervor.

Der Rat überprüfte die Fortschritte auf dem Gebiet der gemeinsamen Forschung, Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern. Er betrachtete insbesondere die bei der Abstimmung der Arbeit der Mitgliedstaaten auf bilateraler und trilateraler Basis mit ihrer Arbeit im ständigen Rüstungsausschuß und in der NATO auftretenden Probleme. Hinsichtlich des bisher auf diesem schwierigen

Gebiet der Zusammenarbeit verfolgten pragmatischen Weges trafen sie Abmachungen über gegenseitige Information sowie eine Unterrichtung der NATO bezüglich der Arbeiten der engeren Gruppen.

Der Rat ging dann zur Prüfung gewisser Aspekte der in den Pariser Verträgen vorgesehenen Kontrolle der Atomwaffen über und billigte den Grundsatz einer Aufnahme von Kontakten zwischen dem Rüstungskontrollamt der Westeuropäischen Union und der Europäischen Atomenergie-Gemeinschaft mit dem Ziel einer klaren Abgrenzung der Wirkungsbereiche beider Organisationen bei der Kontrolle der Verwendung nuklearer Substanzen und zur Vermeidung von Überschneidungen auf diesem Gebiet.

Als Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuß für Verteidigungsfragen und Rüstung der Versammlung der Westeuropäischen Union am 6. März erörterte der Rat die Verteidigungsfragen, die von diesem Ausschuß aufgeworfen worden waren.

Der Rat befaßte sich weiter in einer Geheimsitzung mit den letzten Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 47 vom 11. März 1958.

¹) Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués des Rates der WEU vom 18. März 1957 in Europa-Archiv 8/1957, S. 9787—9788.

Die vierte Tagung des Rates der SEATO in Manila vom 11. bis zum 13. März 1958

Redaktionelle Vorbemerkung

Während die NATO alljährlich im Dezember zu einer Tagung der Außenminister zusammentritt, versammeln sich wenige Monate später die Außenminister des Südostasienpaktes zu ihrer Jahrestagung in einer der Hauptstädte der Paktstaaten. Nach ihrer 3. Ratstagung vom 11. bis zum 13. März 1957 in Canberra (vgl. den Wort-

laut des Kommuniqués in EA 8/1957, S. 9788—9789) fand die diesjährige Tagung in Manila statt. Für 1959 wurde Wellington (Neuseeland) als Tagungsort bestimmt.

Der Tagung in Manila gingen vom 5. bis zum 8. März 1958 Besprechungen der Militärberater der Mitgliedstaaten des Südostasienpaktes voraus. Zum Abschluß die-

ser Besprechungen erklärte der Kommandeur der amerikanischen Streitkräfte im Pazifik, Konteradmiral Felix Stump, die SEATO sei nach dreijähriger Vorbereitungszeit nun bereit, jedem kommunistischen Angriff auf ihr Gebiet wirksam entgegenzutreten.

Kurz vor Beginn der Ratstagung in Manila verbreitete die Nachrichtenagentur TASS am 8. März 1958 eine Erklärung der sowjetischen Regierung, in der die Schaffung einer atomwaffenfreien „Friedenszone“ in Asien gefordert wurde. (Bereits am 21. Januar 1958, kurz vor der Rats-

tagung des Bagdad-Paktes, hatte die sowjetische Regierung die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Mittleren Osten vorgeschlagen.) Die sowjetische Erklärung, der sich die Regierung der Volksrepublik China am 10. März anschloß, unterstellte, daß einige Mitglieder der SEATO sich in die inneren Angelegenheiten Indonesiens einmischten.

Das Kommuniqué der SEATO-Tagung übergeht diese Erklärungen und nimmt auf die Ereignisse in Indonesien keinen Bezug.

Wortlaut des Kommuniqués vom 13. März 1958

Die vierte Jahrestagung des SEATO-Rates wurde vom 11. bis zum 13. März unter dem Vorsitz des amtierenden Außenministers der Philippinen, Felixberto M. Serrano, in Manila abgehalten.

Der Rat befaßte sich in einem Ueberblick mit der Weltlage unter besonderer Berücksichtigung des Paktgebietes, billigte die Arbeit der Organisation seit der vorjährigen Tagung in Canberra und prüfte Berichte der Ratsvertreter, der militärischen Berater und des Generalsekretärs.

Der Rat begrüßte die Ernennung von Pote Sarasin, Thailand, zum Generalsekretär der Organisation. Dieser Posten wurde auf der vorjährigen Tagung geschaffen.

Sicherheit der Region

Der Rat befaßte sich mit der anhaltenden kommunistischen Bedrohung des Gebietes. Die Minister gaben erneut ihrer Entschlossenheit Ausdruck, die nationale und kollektive Verteidigung gegen eine kommunistische oder von den Kommunisten inspirierte bewaffnete Aggression aufrechtzuerhalten, dabei aber gleichzeitig sich ernsthaft um eine internationale Abrüstung mit angemessenen Sicherheiten in bezug auf die nuklearen wie konventionellen Waffen zu bemühen.

Die SEATO ist zu einem Bollwerk geworden, das es den durch es geschützten Völkern ermöglicht hat, in Frieden mit ihren Programmen der nationalen Entwicklung voranzuschreiten.

Die Mitglieder der SEATO erkannten an, daß eine Bedrohung der Sicherheit oder der Freiheit in irgendeinem Gebiet der Welt eine Bedrohung der Sicherheit und Freiheit überall darstellt.

In bezug auf die Bestrebungen und Ziele der SEATO ist weiterhin einige Kritik laut geworden. Der Rat stimmte darin überein, daß jedes Land das Recht hat, diejenige Politik zu verfolgen, der es den Vorzug gibt. Der Rat nahm mit Bedauern zur Kenntnis, daß einige Länder trotzdem weiterhin die kollektiven Sicherheitsvorkehrungen der freien Welt kritisieren, obwohl derartige Vorkehrungen in Uebereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen stehen.

Subversion

Die Probleme der kommunistischen Subversion im Vertragsgebiet wurden eingehend erörtert. Man war sich darüber im klaren, daß diese Subversion die größte gegenwärtige Gefahr darstellt.

Der Rat war der Meinung, daß sich der Nachdruck der kommunistischen Aktivität auf Grund der kollektiven Sicherheitsmaßnahmen von dem militärischen auf das nichtmilitärische Gebiet verlagert hat.

Die kommunistische und die von kommunistischer Seite inspirierte Aktivität im Vertragsgebiet hielt an. In den durch den Vertrag geschützten Ländern war eine auffällige Verlagerung des Nachdrucks der kommunistischen Tätigkeit auf das Gebiet der Wirtschaft, der Politik und Kultur sowie auf die Jugendverbände und die Gewerkschaften festzustellen.

Der Rat begrüßte die von den Mitgliedern gegen die Subversion ergriffenen Maßnahmen und nahm besonders den Erfolg des Seminars zur Begegnung der kommunistischen Subversion zur Kenntnis, das in Baguio auf den Philippinen im November des vergangenen Jahres abgehalten worden war.

Der Rat war sich darüber im klaren, daß angesichts des heimtückischen Charakters der kommunistischen Subversion eine besondere Gefahr durch einige nichtkommunistische Regierungen entsteht, die zwischen den Zielen und Idealen der freien Welt und den Absichten des internationalen Kommunismus nicht zu unterscheiden vermögen.

Wirtschaftliche Probleme

Der Rat nahm Erklärungen über den wirtschaftlichen Fortschritt und die wirtschaftlichen Probleme des Vertragsgebietes sowie über die weiterhin inner- und außerhalb der SEATO zu ergreifenden Maßnahmen entgegen, um die im Manilapakt dargelegten wirtschaftlichen Ziele zu erreichen.

Eines der wichtigsten Mittel zur Erreichung dieser Ziele bleibt auch weiterhin der Abschluß umfassender bilateraler und anderer wirtschaftlicher Abkommen zwischen den SEATO-Ländern. Während des letzten Jahres wurden für die im Manilapakt zusammengeschlossenen Länder über 700 Millionen Dollar in der Hauptsache von den Vereinigten Staaten für wirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt. Diese Hilfe ist ein wesentlicher Faktor bei der Erhaltung von Frieden und wahrer Unabhängigkeit für die Länder dieses Gebietes.

Australien gab bekannt, daß es den asiatischen Mitgliedern der SEATO einen weiteren Betrag von einer Million Pfund (2,24 Millionen Dollar) für Zwecke, die in allgemeiner Beziehung zur SEATO-Verteidigung stehen, zur Verfügung stellen würde, und zwar zusätzlich zu den von Australien bereits früher für diese Zwecke beigesteuerten zwei Millionen Pfund.

Die Vereinigten Staaten teilten mit, daß sie den asiatischen Mitgliedstaaten der SEATO zwei Millionen Dollar für die Berufsschulen und die Berufsausbildung zur Verfügung stellen wollen. Australien, Frankreich, Neuseeland und Großbritannien boten ebenfalls Unterstützung hin-

sichtlich der verschiedenen Aspekte der beruflichen Weiterbildung an.

Die Vereinigten Staaten gaben weiter bekannt, daß der Hauptteil ihrer Wirtschaftshilfe gegenwärtig nach Asien geleistet wird.

Der Rat stimmte im Prinzip einem von Thailand unterbreiteten Projekt zu, das die Errichtung einer technischen Hochschule der SEATO in Bangkok vorsieht, und verschiedene Mitgliedstaaten teilten mit, daß sie gerne bereit wären, sich an der Aufbringung der nötigen Mittel zu beteiligen.

Kulturelle Probleme

Der Rat stimmte einer Fortsetzung und Erweiterung seiner Kulturprogramme zu.

Der Rat gab seiner Befriedigung über die in Bangkok unter der Schirmherrschaft der SEATO gehaltenen Round-Table-Konferenz Ausdruck, die sich mit dem Einfluß der modernen Technik auf die traditionellen Kulturen in Südostasien befaßte. Eine Reihe von SEATO-Forschungsstipendien ist verteilt worden, und zwischen einigen Mitgliedern des Paktes werden bilaterale Kulturaustauschprogramme durchgeführt.

Der Rat stimmte überein, seine Forschungs-Stipendienprogramme fortzuführen und neue kulturelle Projekte in Angriff zu nehmen, wozu als wichtigstes ein Stipendienprogramm und die Berufung von Professoren sowie von Gastdozenten an die Universitäten der asiatischen Mitgliedstaaten gehören.

Beziehungen zu anderen Organisationen und Ländern

Der Rat brachte sein Interesse an der Entwicklung von Beziehungen zu anderen kollektiven Verteidigungsorganisationen der freien Welt sowie an der Durchführung eines Informations- und Meinungsaustausches auf einer für alle annehmbaren Basis zum Ausdruck. Der Rat ermächtigte den Generalsekretär, Kontakte mit den Generalsekretären anderer kollektiver Sicherheitsorganisationen der freien Welt aufzunehmen.

Der Rat gelangte zu der Auffassung, daß sich die Kontakte zwischen der SEATO und Staaten, die der Verteidigungsorganisation nicht angehören, in mancher Beziehung als nützlich erwiesen haben, und erteilte die Anweisung, daß solche Kontakte — soweit die Umstände es gestatten — auch in den kommenden Jahren aufrechterhalten und erweitert werden sollen.

Die Arbeit der Militärberater

Der Rat nahm mit Zustimmung von der Arbeit seiner Militärberater und seines militärischen Beratungsamtes Kenntnis, das das erste Jahr seiner Tätigkeit beendet hat. Es wurden Pläne hinsichtlich der Erfüllung der defensiven Rolle der SEATO entwickelt, um einer Aggression im Vertragsgebiet begegnen zu können. Seit der letzten Tagung des Rates fanden vier größere Manöver aller

SEATO-Mitgliedstaaten sowie drei weitere unter multilateral oder bilateral Beteiligung statt. Diese Manöver trugen wirksam dazu bei, das Ausmaß an Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der SEATO-Länder zu vergrößern und ihre Fähigkeit für einen sofortigen Einsatz im Falle eines plötzlichen Angriffs noch zu steigern. Der Rat billigte ein weiteres Programm für gemeinsame Manöver.

Der Rat nahm mit Bedauern die Nachricht von der Abberufung Brigadegenerals Alfredo M. Santos zur Kenntnis, der der erste Chef des militärischen Planungsamtes der SEATO war. Er kehrt nach den Philippinen zurück, um einen anderen Posten zu übernehmen.

Die Vereinigten Staaten und die Philippinen teilten mit, daß sie die Absicht haben, gemeinsam die Errichtung einer Militärakademie auf den Philippinen zu unterstützen. Diese Einrichtung würde Mitgliedern und Nichtmitgliedern der SEATO offenstehen. Der Rat nahm diese Ankündigung mit besonderem Interesse zur Kenntnis.

Haushalt 1958/59

Der Rat billigte den Budgetvoranschlag für das Finanzjahr 1958/59, der sich auf insgesamt 850 360 Dollar beläuft und die Kosten des Generalsekretariats und des militärischen Planungsamtes in Bangkok decken sowie die Finanzierung gewisser gemeinsamer Programme sicherstellen soll.

Nächste Tagung

Der Rat nahm mit Vergnügen die Einladung der neuseeländischen Regierung an, die nächste Jahrestagung in Wellington abzuhalten.

Schlußfolgerung

Der Rat war der Auffassung, daß die Arbeit der gegenwärtigen Tagung dazu beigetragen hat, die von der SEATO bereits geleistete Arbeit zu konsolidieren.

Die Minister gaben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, auch weiterhin für die Sicherheit und den Fortschritt Südostasiens in Übereinstimmung mit den Prinzipien und den Zielsetzungen der Charta der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten. Die Ratsmitglieder unterstrichen erneut den defensiven Charakter der SEATO und bekräftigten den Grundsatz, daß internationale Streitfälle auf friedliche Weise gemäß den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen beigelegt werden sollten.

Die Delegierten, die an der vierten SEATO-Ratstagung teilnahmen, waren: Australien: R. C. Casey; Frankreich: Christian Pineau; Neuseeland: Walter Nash; Pakistan: Nawab Mozaffar Ali Khan Quizilbash; Philippinen: Felixberto M. Serrano; Thailand: Prinz Wan Waithayakon Krommun Noradhip Bongsprabandh; Großbritannien: Selwyn Lloyd; Vereinigte Staaten: John Foster Dulles.

Quelle: *The New York Times*, International Edition, Nr. 36 574 vom 14. März 1958. Deutscher Text: United States Information Service, Frankfurt am Main.

Informationen und Berichte

Aufsätze zu Europa-Fragen

in den Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts
für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
in Heidelberg

In der Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (abgekürzt: ZaöRV), Band 13—18 (1950—1958), erschienen insgesamt dreizehn, in der „Festgabe für Carl Bilfinger“ (Völkerrechtliche und staatsrechtliche Abhandlungen — Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Heft 29, Köln und Berlin: Heymann 1954, 557 S., abgekürzt: „Festgabe“) weitere drei Aufsätze über Fragen aus dem Bereich der europäischen Einigung. Die Auswahl der behandelten Themen hat ihren Schwerpunkt in der „Integration der Sechse“, die mit der Begründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) angebahnt wurde und rechtlich die interessantesten Probleme enthält.

1. Angeregt von der neuen Konzeption des damals noch nicht verwirklichten Schuman-Plans verfolgt Carl Bilfinger, damals Direktor des Instituts, in der Abhandlung „Vom politischen und nicht-politischen Recht in organisatorischen Kollektivverträgen — Schuman-Plan und Organisation der Welt“ (ZaöRV Bd. 13 Nr. 3, 1951, S. 615 bis 659) insbesondere den Zweck, „die so häufig betonte Entgegensetzung von Utopie und Realismus in zwischenstaatlichen Diskussionen... durch ausgewähltes Material deutlich“ zu machen. Hinsichtlich des Schuman-Plans kommt er zu dem Schluß, daß dieser sich durchaus im Rahmen des bisherigen Völkerrechts halte; denn weil die Montangemeinschaft „als ‚Föderation‘ des bündischen Momentes nicht entbehren kann“, würde sie „nicht vollkommen ‚supranational‘ sein“ können.

2. Die Abhandlung des jetzigen (seit 1. Oktober 1954) Leiters des Instituts, Hermann Mosler, „Der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl — Entstehung und Qualifizierung“ (ZaöRV Bd. 14 Nr. 1—2, 1951, S. 1—45) beruht auf praktischen Erfahrungen, die der Verfasser 1950 als Teilnehmer an den Verhandlungen zur Vorbereitung des EGKS-Vertrags sammeln konnte. Ueber die historische Darstellung der Vertragsentstehung hinaus untersucht er vor allem die grundsätzliche Frage, ob mit der Errichtung der Montangemeinschaft tatsächlich die Grenze von der völkerrechtlichen zur (supranationalen) staatsrechtlichen Verbindung überschritten sei. Er verneint das, solange nicht „die Verflechtung der Lebenssphären der Mitgliedstaaten“ dazu führt, „ihre Verbindung zu einer unlöslichen zu machen“ und „die Gemeinschaft die Sezession im Sanktionswege zu verhindern fähig werden“ würde. Diese sehr vorsichtige Beurteilung ist ein Ergebnis eingehender Behandlung der Fragen der „souveränen Gleichheit der Staaten“ und der „vertraglichen Errichtung eines verfassungsrechtlichen Teilgebildes am Beispiel internationaler Organisation bis einschließlich der Vereinten Nationen“.

3. Günther Jaenicke, Privatdozent an der Universität Heidelberg und Wissenschaftliches Mitglied des Instituts, hat sich in drei Abhandlungen mit Grundsatz- und

Strukturfragen der europäischen Integration befaßt. Der Aufsatz über „Die Sicherung des übernationalen Charakters der Organe internationaler Organisationen“ (ZaöRV Bd. 14 Nr. 1—2, 1951, S. 46—117) ist aus einem für die deutsche Delegation für die Verhandlungen über den Schuman-Plan im August 1950 erstatteten Gutachten über die Rechtsstellung internationaler Organisationen und ihres Personals im Völkerrecht und innerstaatlichen Recht hervorgegangen und analysiert im Rahmen einer Untersuchung des strukturellen Aufbaus und institutionellen Zusammenspiels der Organe vor allem Aufbau und Funktionen der Sekretariate internationaler Organisationen. Die Verwendung des Wortes „übernational“ im Titel des Aufsatzes ist dabei im Sinne des Artikels 101 der UN-Charta zu verstehen, der selbst allerdings noch von „international officials“ spricht. Obwohl diese Untersuchung also von überwiegend technischen Fragestellungen ausgeht, ist sie von größtem Wert für jeden, der den Dingen auf den Grund zu kommen wünscht. Insbesondere für die praktische Arbeit von Konferenzen für die Begründung neuer Organisationen bietet sie durch ihre umfassende vergleichende Fundierung reiche Anregung.

4. Die oben unter Ziffer 2 genannte Abhandlung von Mosler wird fortgesetzt durch die von Jaenicke über „Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl — Struktur und Funktionen ihrer Organe“ (ZaöRV Bd. 14 Nr. 4, 1951, S. 727—788), worin der Verfasser die Eigenart der übernationalen, mit Hoheitsfunktionen ausgestatteten Organe analysiert. Die sehr gründliche Untersuchung mündet zwar in der Feststellung, daß der supranationale Charakter der Organe durch die wirtschaftspolitische Vorausbindung im Gründungsvertrag nur beschränkt zur Wirkung gelangen kann und die Montangemeinschaft daher noch dem völkerrechtlichen Bereich zuzurechnen sei. Sie schließt aber dann mit der Bemerkung, daß nicht die Verwirklichung einer vollen supranationalen Entscheidungsgewalt der Hohen Behörde für die Beurteilung des Werts der Organisation für die europäische Einigung ausschlaggebend sei, sondern der in der Errichtung gemeinsamer Organe bekundete Wille der Vertragspartner, eine von nationalen Sonderinteressen unabhängige gemeinsame Wirtschaftspolitik zu führen.

5. Die dritte, im Januar 1954 abgeschlossene Abhandlung von Günther Jaenicke, „Bundesstaat oder Staatenbund — zur Rechtsform einer europäischen Staatengemeinschaft“ („Festgabe“, S. 71—108), befaßt sich mit dem gescheiterten Plan einer politischen Gemeinschaft, stellt auf historisch-empirischer Grundlage dem Bundesstaat „alle Staatenvereinigungen, die über eine auf eine gewisse Dauer berechnete Verbandsorganisation mit besonderen Verbandsorganen zur gemeinsamen Verfolgung spezifisch politischer Zwecke der Mitgliedstaaten, insbesondere auf dem Gebiet der Außenpolitik und Landesverteidigung, verfügen, aber noch nicht als ein staatlicher Verband qualifiziert werden können, als staatenbündische Organisationsformen“ gegenüber. Er zeigt die Unterschiede in der Rechtsgrundlage, im Kompetenzumfang der

Bundesorgane und in der soziologischen Struktur des Bundes. Auf dieser Grundlage qualifiziert er die vorgesehene europäische Staatengemeinschaft als staatenbündischen, nicht bundesstaatlichen Zusammenschluß, was sich aber nicht auf die Institutionen der Gemeinschaft beziehe, die als solche weder bundesstaatlich noch staatenbündisch seien.

6. Im Gegensatz hierzu hatte die Bonner Privatdozentin und Legationsrätin Ellinor von Puttkamer in ihrem die Entstehungsgeschichte darstellenden, am 20. April 1953 abgeschlossenen Bericht „Der Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft, angenommen von der ad hoc-Versammlung am 10. März 1953“ (ZaöRV Bd. 15 Nr. 1—2, 1953, S. 103—127) das projektierte Gebilde als „föderativ, nicht konföderativ“, als „einem Bundesstaat nah“ bezeichnet (S. 111 f.). Der von Parlamentariern erarbeitete Entwurf, an dessen Vorbereitung die Verfasserin als Vertreterin des Auswärtigen Amtes teilnahm, mußte nach langen Regierungsverhandlungen während der Jahre 1953—1954 zusammen mit dem Verteidigungsvertrag aus der Beratung zurückgezogen werden. Aber in begrenztem Ausmaß konnte dieser „historisch“ gewordene Plan dann doch noch fruchtbar werden. Denn ein guter Teil der institutionellen Regelungen der Europäischen Verträge von 1957 (EWG und Euratom) entstammt dieser Konzeption, der die volle Verwirklichung bisher nicht beschieden war. Insoweit, aber auch für die theoretische Fortentwicklung des Gedankens europäischer Integration, ist der Aufsatz nicht nur historischer Art.

7. Ebenfalls mit dem gescheiterten Entwurf befaßt sich der Aufsatz des aus dem Institut hervorgegangenen Bundesministers für Angelegenheiten des Bundesrates und Bundestagsabgeordneten Hans-Joachim von Merkatz, „Der Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft im Verhältnis zum Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und zum Vertragsentwurf über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ („Festgabe“, S. 223—241). Es werden hier „die grundsätzlichen Unterscheidungsmerkmale zwischen dem Entwurf der Satzung und den beiden früheren Verträgen herausgestellt“, mit dem Ergebnis, daß der Entwurf auf den Gebieten von Kohle, Stahl und Verteidigung die Uebertragung keiner anderen Befugnisse vorsah als derjenigen, die der EGKS und der EVG schon zugewiesen waren. Die Befugnisse der Politischen Gemeinschaft seien weit entfernt von denen der Zentralgewalt eines Bundesstaates. Der Verfasser stellt den bisherigen Zweckgemeinschaften die in dem Entwurf liegende Idee einer „Demokratischen Europäischen Gemeinschaft“ gegenüber.

8. Historische Vorläufer der gegenwärtigen Bemühungen um eine Integration Europas analysiert Ellinor von Puttkamer in „Historische Pläne europäischer Verfassungsbildung“ („Festgabe“, S. 345—369) an Hand eines Schemas von Grundsatzfragen der Souveränität, der Staatengleichheit, des territorialen Integrationsbereichs, der Zuständigkeiten der europäischen Organisation, des institutionellen Aufbaus und des Gleichgewichts der föderativen Kräfte.

9. Dieselbe Verfasserin hat in einem weiteren Aufsatz „Vorgeschichte und Zustandekommen der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954“ (ZaöRV Bd. 17 Nr. 3—4, 1957, S. 448—475) die darin neu organisierte Westeuro-

päische Union (Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948) kurz gewürdigt (S. 461 ff.) und dabei versucht, dieser als Organisation der europäischen Einigung einen Platz zwischen dem nach internationalem System errichteten Europarat und den nach supranationalem System errichteten oder geplanten Organisationen (EGKS, EVG, EG) zuzuweisen. Daß die WEU nur eine Ersatzlösung sein konnte und bald wieder von den sich anbahnenden festeren Organisationsformen europäischer Einigung in den Schatten gedrängt werden mußte, tritt zwischen den Zeilen deutlich hervor.

Neben diesen, die grundsätzliche Problematik der europäischen Organisation ins Auge fassenden Aufsätzen steht eine Reihe von Spezialabhandlungen über die konkreten Organisationsformen.

10. Die Abhandlung von Hermann Mosler „Zur Anwendung der Grundsatzartikel des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (ZaöRV Bd. 17 Nr. 3—4, 1957, S. 407—427) behandelt die wirtschaftsrechtlichen bzw. -politischen „Grundsatzartikel“, nämlich Artikel 2—4 des Vertrags, in denen die „Vier Gebote“ (oder eigentlich Verbote) des Gemeinsamen Marktes aufgestellt sind, welche die „Philosophie der Gemeinschaft“, die Besonderheit ihrer materiellen Grundlagen zum Ausdruck bringen. Der Verfasser gelangt durch die Analyse dieser sehr komplizierten, zum Teil sich überschneidenden Differenzierungen zu der Auffassung, daß „die Gräben zwischen den einzelnen Tatbeständen nicht zu tief gezogen werden dürfen“. Die „Grundsatzartikel“ seien vielmehr in ihrem Gesamtzusammenhang zu sehen. Der Gerichtshof der Montangemeinschaft habe dies, wie die bisherige Judikatur zeige, in vorbildlicher Weise getan und damit zur Verwirklichung der Vertragszwecke beigetragen. Dem Aufsatz kommt schon im voraus Bedeutung zu auch für die Methodik einer künftigen Analyse des Vertrags über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (vgl. unten Ziffer 16).

11. Eine viel engere, aber ebenfalls wesentliche Frage der supranationalen Konzeption beleuchtet Hans-Joachim Hallier, Referent am Institut, in einer Abhandlung über „Die Vertragschließungsbefugnis der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (ZaöRV Bd. 17 Nr. 3 bis 4, 1957, S. 428—447). Im Grunde handelt es sich nicht nur um das Recht der Gemeinschaft zum Abschluß von völkerrechtlichen Verträgen, wie es durch den Vertrag selbst und insbesondere Artikel 14 des Uebergangsabkommens festgelegt ist, sondern darüber hinaus ganz allgemein um die Frage, ob die EGKS über auswärtige Gewalt verfügt. Vergleichende Betrachtung der Regelungen des EGKS-Vertrages einerseits, der Vorschriften und Praktiken internationaler Organisationen andererseits erhöht die wissenschaftliche Klarheit der Abhandlung.

12. Fragen der Montangerichtbarkeit klingen in einigen Aufsätzen an, so besonders in Moslers Abhandlung über die „Grundsatzartikel“. Ausschließlich behandelt wurden sie von zwei Verfassern. Der ebenfalls aus dem Institut hervorgegangene Tübinger Ordinarius Adolf Schüle, der 1953 für die Hohe Behörde an Schriftsätzen gegen die von Kohleverbrauchern und Kohlehändlern beim EGKS-Gerichtshof auf Grund von Artikel 33 des Vertrags eingebrachten Klagen mitwirkte, hat die Ergebnisse seines Gutachtens unter dem Titel „Grenzen der Klagebefugnis vor dem Gerichtshof der Montanunion“ (ZaöRV Bd. 16 Nr. 2, 1955, S. 227—255) veröffentlicht. Da die Klagen

seinerzeit vor der mündlichen Verhandlung zurückgenommen wurden, es also nicht zu einem Urteil des Gerichts kam, kommt dieser Erörterung der theoretischen Probleme erhöhte Bedeutung zu. Denn ohne sie wären die nicht genutzten Schriftsätze wahrscheinlich in den Luxemburger Registraturen versunken. Die Problematik der Abgrenzung zwischen supranationaler und nationaler Gerichtsbarkeit und damit der Montagewalt selbst wird vom Verfasser stark betont. Zugleich wird jedoch die Hoffnung ausgesprochen, daß die politische Fortbildung der Organisation auch die vollkommene Ausbildung ihres Rechtsschutzorgans nach sich ziehen werde.

13. Auch die Abhandlung von Heinrich *Matthies* (tätig beim EGKS-Gerichtshof) „Zur Nachprüfungsbefugnis des Gerichtshofs der Montanunion“ (ZaöRV Bd. 16 Nr. 3—4, 1956, S. 427—450) befaßt sich mit einem Problem aus dem Bereich der Nichtigkeitklagen. Die Grenzen, die Artikel 33 Absatz 1 Satz 2 des Vertrags dieser Nachprüfungsbefugnis des Gerichtshofs in bezug auf Entscheidungen oder Empfehlungen der Hohen Behörde, gegen welche von einem Mitgliedstaat oder dem Rat Klage eingereicht wurde, setzt, sind außerordentlich unscharf. Der gewissenhafte Beitrag zur Interpretation dieser Vorschriften, der zugleich die Elastizität der Konstruktion deutlich macht, berührt die zentralen Fragen des Experiments supranationaler Organisation.

14. Der Fragenkreis des Europarats hat durch zwei Aufsätze des damaligen Bonner Privatdozenten und Legationsrats, jetzigen Kieler Ordinarius Karl Joseph *Partsch* über „Die Entstehung der europäischen Menschenrechtskonvention“ (ZaöRV Bd. 15 Nr. 4, 1954, S. 631—660) und

15. „Die europäische Menschenrechtskonvention vor den nationalen Parlamenten“ (ZaöRV Bd. 17 Nr. 1, 1956, S. 93—132) ebenfalls Eingang in die Zeitschrift gefunden. Es handelt sich um die in allen Einzelheiten dargelegte Entstehungsgeschichte bis zum Zustandekommen der „Kommission“ und einen Bericht über den Ablauf der parlamentarischen Zustimmungsverfahren für die Konvention von 1950 und des hierzu 1952 geschlossenen Zusatzprotokolls. Die angeschnittenen Fragen sind hauptsächlich verfassungsrechtlicher Natur.

16. Die Abhandlung von Privatdozent Dr. Karl *Carstens*, der jetzt die Europa-Abteilung des Auswärtigen Amtes leitet, über „Die Errichtung des gemeinsamen Marktes in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Atomgemeinschaft und Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (ZaöRV Bd. 18 Nr. 3, 1958, S. 459—525) beschränkt die Darstellung des gemeinsamen Marktes auf den Warenverkehr (nach innen und außen), vergleicht die drei Vertragswerke und untersucht die Möglichkeiten von Kollisionen und ihrer Lösung sowie die zeitlichen, räumlichen und sachlichen Geltungsbereiche der Verträge. Hierbei werden interessante Unterschiede im Warenverkehr mit dritten Staaten herausgearbeitet.

17. Zu denjenigen internationalen Zusammenschlüssen auf europäischem Boden, die seit dem Zweiten Weltkriege außerhalb des engeren Bereichs Westeuropas entstanden, enthält ZaöRV Bd. 15 Nr. 1—2, 1953, S. 128—133, einen Bericht von Regierungsdirektor a.D. Gerhard *Simson* (Stockholm) über den Nordischen Rat samt Uebersetzung der Satzung. Im gleichen Heft (S. 133—142) berichtet Prof. Juraj *Andrassy* (Zagreb) über den Balkan-Pakt von 1953. Ferner hat Prof. Louis *Cavaré* (Rennes) in seiner breit angelegten Abhandlung über „Les recours en inter-

prétation et en appréciation de la légalité devant les tribunaux internationaux“ (ZaöRV Bd. 15 Nr. 3, 1954, S. 482—520) vergleichend auch die Untersuchung von Gerichtsbarkeitsbestimmungen des EGKS-Vertrags einbezogen (S. 483, 500, 508).

Die Gemeinsame Versammlung der EGKS beendet ihre Tätigkeit

Die Gemeinsame Versammlung der EGKS trat vom 25. bis zum 28. Februar 1958 zu ihrer 2. Außerordentlichen Sitzungsperiode im Haushaltsjahr 1957/58 in Straßburg zusammen. Damit hielt die Gemeinsame Versammlung gleichzeitig ihre letzte Sitzung ab, da sie auf Grund des Abkommens über die gemeinsamen Organe für die Europäischen Gemeinschaften vom 25. März 1957 in der Gemeinsamen Versammlung der drei europäischen Gemeinschaften, das „Europäische Parlament“ aufgeht. Auf diese organisatorische Umgestaltung ging am ersten Sitzungstag der Präsident der Hohen Behörde der EGKS, Paul *Finet*, ein. Er verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß das Europäische Parlament die Autorität, die sich die Gemeinsame Versammlung gegenüber den anderen Organen der EGKS in den letzten Jahren erworben habe, festigen und ausbauen möge. Obwohl die Versammlung keine legislativen Befugnisse habe, übe sie dennoch wie jedes nationale Parlament gegenüber der Exekutive ein Kontroll- und Initiativrecht aus. Die Hohe Behörde der EGKS werde eine Entwicklung des Europäischen Parlaments zu einer echten Legislative begrüßen. *Finet* setzte sich anschließend für eine gemeinsame Konjunktur-, Währungs-, Steuer- und Sozialpolitik der Gemeinschaften ein. Er plädierte mit Nachdruck für eine Zusammenlegung der Dienststellen der drei Gemeinschaften (EWG, EGKS und Euratom) an einem Ort und erklärte, die Hohe Behörde werde sich nicht mit einer geographischen Isolierung einer der drei europäischen Exekutiven abfinden. Die Sprecher der drei Fraktionen, der Christlich-Demokratischen, der Liberalen und der Sozialistischen Fraktion, begrüßten diese Ausführungen *Finets*.

Im Namen des Ausschusses für Fragen der Investitionen, für Finanzfragen und für die Entwicklung der Produktion legte der französische Delegierte, François *de Menthon*, einen Bericht über die Koordinierung der Energiepolitik vor. Er wies eingehend auf den in den kommenden Jahren zu erwartenden Energiebedarf, die Marktveränderung auf dem Energiesektor und die sich daraus ergebende dringende Notwendigkeit zur gesamt-europäischen Regelung hin.

Als Berichterstatter des Ausschusses des gemeinsamen Marktes ging der französische Delegierte Pierre *Olivier Lapie* (Sozialist) auf das Problem der horizontalen und vertikalen Unternehmenszusammenschlüsse ein. Wenn solche Zusammenschlüsse auch eine unausbleibliche Erscheinung des modernen Wirtschaftslebens darstellten, so bestünde doch die Gefahr des wirtschaftlichen und politischen Mißbrauchs, dem entgegengetreten werden müsse. In dieser Hinsicht sei es Aufgabe der Hohen Behörde, von dem ihr in Artikel 66 des Vertrages über die Errichtung der EGKS eingeräumten Recht der Ueberwachung

*) Vgl. hierzu auch den Beitrag von Georg *Streiter* „Die Gemeinsame Versammlung der EGKS vor dem Abschluß der Uebergangszeit“ in: Europa-Archiv 23—24/1957, S. 10 351 bis 10 356.

aufmerksam Gebrauch zu machen. Nach eingehender Diskussion verabschiedete die Versammlung einstimmig eine Resolution, in welcher auf die Nützlichkeit, aber auch auf die Gefahren betrieblicher Zusammenschlüsse auf dem Kohle- und Stahlmarkt hingewiesen wird. Es müsse verhindert werden, daß sich die Unternehmungen durch Zusammenschlüsse der Konkurrenz entziehen oder den Markt stören. Die Hohe Behörde wurde in der Resolution aufgefordert, ihre diesbezügliche Politik zu vereinheitlichen und auf die Zusammenschlüsse im Sinne der Ziele der Gemeinschaft einzuwirken. Besondere Aufmerksamkeit sei den vertikalen Zusammenschlüssen Kohle-Stahl zu widmen und zu verhindern, daß es zu einer Zusammenballung einer zu großen wirtschaftlichen und damit politischen Macht in Händen einzelner komme.

Für den Ausschuß für Fragen der Sozialpolitik legte der Niederländer G. M. *Nederhorst* (Sozialist) einen Bericht über die Lohnentwicklung und die Lohnpolitik in den Industrien der Gemeinschaft vor und empfahl eine Konsultation der Regierungen und Sozialpartner über die Harmonisierung der Lohnpolitik und über die Möglichkeiten einer Bindung der Löhne an die Lebenshaltungskosten und die Produktion. In einer Resolution wurde die Erwartung ausgesprochen, daß das Europäische Parlament eine solche Erörterung durch den zuständigen Ausschuß in die Wege leiten möge.

Solche Weitergaben von Aufgaben an das Europäische Parlament kamen besonders bei der Erörterung einer möglichen Revision des Vertrages über die Errichtung der EGKS zum Ausdruck. Eine solche Revision ist nach Ablauf der fünfjährigen Uebergangsperiode möglich und durch die Gründung der beiden anderen europäischen Gemeinschaften akut geworden. In der bei drei Stimmenthaltungen angenommenen Entschließung zu dieser Frage gab die Versammlung u. a. der Meinung Ausdruck, daß eine Vertragsrevision auf keinen Fall zu einer Schwächung der Position der Versammlung und der Hohen Behörde führen dürfe. Der Bericht des belgischen Delegierten *Pierre Wigny*, in welchem namens des Politischen Ausschusses die Verträge über die Errichtung der EWG und der Euratom-Gemeinschaft einerseits und des Vertrages über die Errichtung der EGKS andererseits einer vergleichenden Untersuchung unterzogen werden, wurde von der Versammlung einstimmig gebilligt.

Die Schlußansprache des Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung, Prof. Hans *Furler*, wurde zu einem Abriß der Geschichte des Montanparlaments und seiner Arbeit. *Furler* unterstrich dabei besonders die Bemühungen der Gemeinsamen Versammlung, über den Rahmen der ihr vom Vertrag über die Errichtung der EGKS gestellten Aufgaben hinaus die europäische Integration voranzutreiben. Die Zusammenarbeit mit der Hohen Behörde der EGKS sei befriedigend entwickelt worden. Der von der Gemeinsamen Versammlung in Richtung auf eine Verbesserung des Verhältnisses zum Ministerrat beschrittene Weg müsse nun vom Europäischen Parlament weiter fortgesetzt werden. Diese neue parlamentarische Versammlung der drei Europäischen Gemeinschaften werde angesichts ihres wirtschaftlich fast unbegrenzten Arbeitsbereichs ihre Kompetenzen im Laufe der Zeit erweitern.

Der Uebergang zu einer allgemeinen direkten Wahl der Mitglieder der Versammlung, die nunmehr ohne Vertragsrevision durch Zusammenwirken der Ministerräte, der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments möglich sei, werde eine bedeutende Steigerung der Aktions- und Einflußmöglichkeiten bringen. Abschließend hob *Furler* hervor, daß sich unter den Mitgliedern der Versammlung in den vergangenen Jahren über Nationalitäten und Fraktionen hinweg eine wahrhaft europäische Gesinnung entwickelt habe, die auch für die zukünftige Arbeit des Europäischen Parlaments ein Vorbild sein möge.

Der 10. Jahreskongreß der Europa-Union Deutschland in Bremen

Der für den 17. bis zum 19. Januar 1958 nach Bremen einberufene Jahreskongreß der Europa-Union Deutschland stand im Zeichen der jüngsten Fortschritte der europäischen wirtschaftlichen Integration und den daraus zu ziehenden Folgerungen.

Nach eingehenden Diskussionen verabschiedete der Kongreß eine Resolution, die die Forderungen der Europa-Union zur gegenwärtigen Politik der europäischen Einigung zusammenfaßt. Als nächster entscheidender Schritt in Richtung auf einen bundesstaatlichen Zusammenschluß aller europäischen Völker wird in der Resolution die politische Einigung der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften befürwortet. Dies solle dadurch geschehen, daß das Europäische Parlament beauftragt wird, für die Europäische Gemeinschaft ein politisches Statut zu schaffen, daß ein Europäisches Politisches Büro beim Präsidium des Europäischen Parlaments seine Dienste zur Koordinierung der Außenpolitik zur Verfügung stellt und daß die baldige Abhaltung direkter Wahlen zum Europäischen Parlament ermöglicht wird.

Als Ergebnis der Diskussion über die Probleme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft empfahl der Kongreß im wirtschaftlichen Teil der Resolution eine intensivere Durchsetzung der in den Verträgen niedergelegten Richtlinien für eine Vereinheitlichung der Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Rechtsordnung und eine Verkürzung der Uebergangsfristen. Das Projekt der Freihandelszone soll als eine wertvolle Ergänzung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft schnell vorangetrieben werden. In der Resolution vertrat die Europa-Union abschließend die Auffassung, daß alle bestehenden und zukünftigen europäischen Einrichtungen der Länder der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer gemeinsamen supranationalen Körperschaft mit echten legislativen und exekutiven Kompetenzen gegenüber den nationalen Regierungen vereinigt werden könnten.

Als Nachfolger für den zurückgetretenen Präsidenten, Ernst *Friedländer*, wurde der bisherige Schatzmeister Friedrich Carl *Freiherr von Oppenheim* gewählt. Außerdem wurden Dr. Wilhelm *Beutler*, Dr. Dieter *Roser*, Dr. Joseph *Müller*, Otto *Bach*, Hans Albert *Kluthe*, Christa von der *Marwitz*, Rudolf *Woller* und Paul *Leverkühn* in das Präsidium berufen.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. März 1958

Die Ereignisse in Europa

Deutschland

5. Beendigung der am 28. Februar begonnenen Hochschulkonferenz der SED in Berlin. Der Sekretär des ZK der SED, Kurt Hager, fordert auf der Abschlußtagung eine stärkere Orientierung der Wissenschaft in der DDR auf die Anwendung der sozialistischen Methoden, welche die Ueberwindung „reaktionärer Züge“ voraussetze.
7. Bundeskanzler Adenauer führt mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Andrej A. Smirnow, Besprechungen. Bundespresschef Felix von Eckardt erklärt zu diesem Gespräch am 10. Februar vor der Presse in Bonn, in der Unterredung sei offenbar geworden, daß die Sowjetregierung nicht bereit sei, im Rahmen einer Friedensvertragsdebatte über die deutsche Wiedervereinigung zu sprechen.
Vierzig Persönlichkeiten aus dem politischen, kirchlichen und künstlerischen Leben, die sich zu einem „Arbeitsausschuß Kampf dem Atomtod“ zusammengeschlossen haben, appellieren in einem Aufruf an den Bundestag und die Bundesregierung, auf die atomare Aufrüstung zu verzichten und alle Bemühungen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und zur Herbeiführung einer Entspannung zu unterstützen.
12. In einer Rundfunkansprache befürwortet der erste Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, eine Gipfelkonferenz der Großmächte. Die Großmächte sollten den Streit um die Tagesordnung soweit wie möglich einschränken. Ein Friedensvertrag könne von der Sowjetunion nur mit einem wiedervereinigten Deutschland und nicht mit den beiden deutschen Teilstaaten abgeschlossen werden. In der Wiedervereinigungsfrage müsse man sich damit abfinden, so erklärt Ollenhauer, daß diese nur in „Etappen“ zu erreichen sei. Als erstes Etappenziel müsse man versuchen, eine allgemeine Entspannung und Abrüstung einzuleiten. Wenn man auf einer möglichen Gipfelkonferenz auch über Fragen der Abrüstung und der Entspannung sowie über den Rapacki-Plan spreche, dann berühre man damit auch das Schicksal Deutschlands.
13. Der Vorstand der CDU-Ost beschließt auf einer Sitzung in Halle, den Präsidenten der Länderkammer der DDR, August Bach, mit dem Parteivorsitz als Nachfolger von Otto Nuschke zu beauftragen.
15. Die Bundesregierung veröffentlicht eine Erklärung zur Erörterung des Problems der deutschen Wiedervereinigung auf einer möglichen Gipfelkonferenz (vgl. den Wortlaut auf S. 10 655 dieser Folge).

Frankreich

7. Die Nationalversammlung spricht Ministerpräsident Felix Gaillard, der im Zusammenhang mit der Erhöhung des Verteidigungsbudgets für Algerien die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 286 gegen 147 Stimmen bei 7 Enthaltungen das Vertrauen aus. In der außenpolitischen Debatte der Nationalversamm-

lung spricht sich Gaillard für die Schaffung einer wirtschaftlichen und militärischen Einheit zwischen Frankreich, Marokko, Tunesien und Algerien aus. Es sei erstrebenswert, mit den Ländern des westlichen Mittelmeerraumes eine Nord-Süd-Achse für die gemeinsame Verteidigung zu organisieren, welche die natürliche Ergänzung des Nordatlantikpaktes wäre. In dieser Gemeinschaft werde das französische Algerien, dem das Rahmengesetz eine breite Verwaltungsfreiheit garantiere, seinen natürlichen Platz finden. Italien und Spanien würden sich von Anfang an an diesem Verteidigungspakt beteiligen. Später könnten auch Großbritannien, Libyen, Gibraltar, Cypern und Malta in dieses Abkommen einbezogen werden.

8. Die mit der Durchführung der von den Vereinigten Staaten und Großbritannien im französisch-tunesischen Konflikt (vgl. Zeittafel in EA 5—6/1958, Tunesien) betrauten Vermittler, die Unterstaatssekretäre Robert D. Murphy (Vereinigte Staaten), Harold Beeley (Großbritannien), unterbreiten der französischen Regierung zur Beilegung der tunesisch-französischen Spannungen folgende Vorschläge: sofortiger Rückzug aller französischen Streitkräfte aus Tunesien und dem Hafen von Bizerta; Einstellung der gegen die französischen Zivilisten in Tunesien getroffenen Maßnahmen; neutrale Ueberwachung militärischer Flugplätze in Tunesien, um zu gewährleisten, daß diese nicht von algerischen Aufständischen benutzt werden; Bildung einer neutralen Ueberwachungskommission für die algerisch-tunesische Grenze.

Griechenland

1. Ministerpräsident Konstantin Karamanlis gibt den Rücktritt seines Kabinetts bekannt. Am 5. März bildet Constantine Georgacopoulos eine neue Regierung, die bis zu den Parlamentsneuwahlen, welche bald abgehalten werden sollen, amtiert soll. Ihr gehören u. a. folgende Persönlichkeiten an: Ministerpräsident und Innenminister: Constantine Georgacopoulos; Außenminister: Michael Pesmazoglu; Minister für Koordination: Charles Arliotis; Finanzminister: Theodore Mertikopoulos; Verteidigungsminister: Constantine Stergiopoulos; Justizminister: Constantine Dimitrakakis. Das Parlament spricht der neuen Regierung mit 225 gegen 60 Stimmen am 14. März das Vertrauen aus.

Großbritannien

7. In einer gemeinsamen Sitzung der Labour Party und des Gewerkschaftskongresses (TUC) in London wird eine Erklärung für eine Abrüstung und gegen eine nukleare Kriegführung beschlossen. Die stetig zunehmende atomare Rüstung in den einzelnen Staaten stelle eine große Gefahr für den Weltfrieden dar. Es wird an die britische Regierung appelliert, erste Anstrengungen für das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz in naher Zukunft zu unternehmen. Ein Abkommen über die Suspendierung der Kern-

waffenversuche könnte den Abschluß anderer Abkommen erleichtern. Es sei falsch, Abrüstungsmaßnahmen von der Regelung bestimmter politischer Probleme abhängig zu machen. In der Erklärung wird ferner die Ansicht vertreten, daß Versuche unternommen werden sollten, um ein Disengagement in Ost- und Mitteleuropa zu erreichen, wobei das Sicherheitsgleichgewicht aufrechterhalten werden müsse.

Jugoslawien

6. In einem Interview mit der *New York Times* erklärt Präsident *Tito*, Jugoslawien sei über die wahrscheinlich schon begonnene Errichtung von Raketenabschlußbasen in Italien besorgt, und es werde entsprechende diplomatische Schritte unternehmen.

Polen

1. Abschluß der am 27. Februar begonnenen Tagung des XI. Plenums des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. In einem Beschluß werden die Moskauer Erklärungen der kommunistischen Parteien vom 16. und 19. November 1957 (vgl. EA 23—24/1957, S. 10 364 ff.) gebilligt. Ferner wird der stellvertretende Arbeitsminister und frühere Vorsitzende der Gewerkschaften, Wiktor Klosiewicz, aus dem ZK ausgeschlossen und für seine Abweichungen von der Parteilinie gerügt. In einer Entschliebung zur Wirtschaftspolitik wird eine stärkere wirtschaftliche Stabilität und eine Anlage von Reserven im Außen- und Innenhandel gefordert. Ferner ist eine Dezentralisierung der Kontrollorgane für die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe und Unternehmen vorgesehen.
11. Der Vizepräsident des deutschen Bundestags, Carlo Schmid, der sich auf einer Vortragsreise in Polen befindet, erklärt in der Warschauer Universität, daß jeder redliche Deutsche die an Polen während des Krieges begangenen Untaten zutiefst bedauere. Vielleicht könne man nach all dem Schrecklichen versuchen, miteinander an dem Aufbau einer neuen und guten Welt zu arbeiten. Während seines Aufenthaltes in Warschau führt Schmid außerdem Besprechungen mit Außenminister *Rapacki* und anderen maßgebenden Persönlichkeiten der polnischen Regierung.

Sowjetunion

1. Außenminister Andrej A. Gromyko beantwortet das Schreiben des französischen Außenministers, Christian Pineau, vom 13. Februar (vgl. Zeittafel in EA 5—6/1958, Frankreich). Darin erklärt sich Gromyko im Namen seiner Regierung bereit, dem Wunsch der Westmächte zu entsprechen, daß vor dem Zustandekommen einer Gipfelkonferenz eine Tagung der Außenminister der beteiligten Mächte stattfinden soll, mit der begrenzten Aufgabe, die Tagesordnung auszuarbeiten und die Zusammensetzung der Konferenz der Regierungschefs zu bestimmen. Als Zeitpunkt für die Außenministerkonferenz, die in Genf stattfinden soll, wird der Monat April vorgeschlagen, damit die Regierungschefs noch im Juni 1958 zu einer Konferenz zusammentreten können. Auf die Tagesordnung der Konferenz dürften nur solche Fragen gesetzt werden, die zu er-

örtern alle Konferenzteilnehmer bereit sind. Die Wiedervereinigung Deutschlands, stellt Gromyko fest, sei mit der Frage der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa nicht verknüpft, sondern müsse von den Deutschen selbst in die Hand genommen werden. Abschließend kritisiert Gromyko die Algerienpolitik der französischen Regierung, die eine friedliche Lösung der algerischen Frage unmöglich mache.

3. Ministerpräsident Nikolai A. Bulganin übermittelt dem amerikanischen Präsidenten, Eisenhower, eine neue Botschaft (vgl. S. 10 651 dieser Folge) in Beantwortung von dessen Schreiben vom 15. Februar 1958 (vgl. Zeittafel in EA 5—6/1958); darin spricht sich Bulganin für die dringende Notwendigkeit einer Gipfelkonferenz aus. Die Sowjetregierung sei bereit, in Übereinstimmung mit allen teilnehmenden Staaten alle Fragen zu erörtern, die zur weltpolitischen Entspannung beitragen könnten. Die Wiedervereinigung Deutschlands und das Problem der osteuropäischen Staaten dürften jedoch nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, da durch eine Behandlung dieser Fragen die internationale Spannung nur verschärft würde. Ferner erklärt sich Bulganin bereit, über ein Verbot der Verwendung des Weltraumes für militärische Zwecke und über die Liquidierung militärischer Stützpunkte im Ausland zu sprechen. Die Sowjetunion sei über die wachsenden Rüstungsanstrengungen und die Errichtung von Raketenabschlußrampen in den NATO-Staaten sehr beunruhigt. Im weiteren Verlauf wiederholt Bulganin die sowjetischen Thesen für eine friedliche Koexistenz von Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsformen. Der Abschluß eines Freundschafts- und Zusammenarbeitsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion könnte für die Sache des Friedens förderlich sein.
8. Die amtliche Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht eine Erklärung zur bevorstehenden Konferenz der Mitgliedstaaten der SEATO in Manila (vgl. Südostasienpakt-Organisation). Darin wird erklärt, daß die „Kolonialmächte“ bestrebt seien, die SEATO zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der südostasiatischen Länder zu verwenden. Der „ganze asiatische Kontinent“ könnte zu einer Friedenszone werden, in der keine Kern- und Raketenwaffen stationiert sein sollten. Ein kollektives Sicherheitssystem sollte auch in Asien an Stelle von militärischen Bündnissen treten.
15. Der Erste Sekretär der KPdSU, Nikita S. Chruschtschow, betont in einer Rede im Moskauer Sportpalast u. a., daß die Sowjetunion nicht gewillt sei, die Lage in Osteuropa auf einer Gipfelkonferenz zu erörtern. Die Versuche der Regierung der Vereinigten Staaten, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands mit einem europäischen Sicherheitssystem zu verbinden, gehörten der Vergangenheit an. Das deutsche Volk könne erst die Einheit seines Landes wiederherstellen, wenn die ausländischen Truppen Deutschland verlassen haben.
14. Das Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung, in der es die Fortführung der Abrüstungsverhandlungen im Rahmen des Unterausschusses der Ab-

rüstungskommission der Vereinten Nationen ablehnt, solange nur die vier Großmächte und Kanada darin vertreten sind. In dem Vorschlag, die Abrüstungsfragen im Sicherheitsrat zu diskutieren, sehe die Sowjetunion einen Versuch, die Aufmerksamkeit von den Vorbereitungen einer möglichen Gipfelkonferenz abzulenken.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Vereinigte Arabische Republik

6. Präsident Gamal Abdel Nasser gibt die Bildung der Regierung bekannt, die sich aus 14 Syriern und 24 Ägyptern zusammensetzt. Folgende Persönlichkeiten gehören ihr u. a. an: Präsident: Gamal Abdel Nasser; Vizepräsidenten: Abdel Latif el-Baghaadi, Abdel Hakim Amer, Akram el-Hurani, Sabri el-Assali; Außenminister: Mahmoud Fawzi; Kriegsminister: Marschall Abdel Hakim Amer; Staatsminister für Präsidialangelegenheiten: Ali Sabri; Minister für Nationale Lenkung: Fathi Radwan; Industrieminister: Asis Sidki; Innenminister für Ägypten: Zakaria Moheidin; Innenminister für Syrien: Abdel Hamid el-Sarradj.

AMERIKA

Uruguay

7. Der Nationalrat wählt Carlos Fisher als Nachfolger von Arturo Lezama zum Präsidenten der Republik.

Vereinigte Staaten

4. Außenminister John Foster Dulles erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, die bisherigen sowjetischen Vorschläge für eine Außenministerkonferenz und eine Konferenz der Regierungschefs seien unbefriedigend. Die Vereinigten Staaten seien zwar zu einer Konferenz mit der Sowjetunion auf jeder möglichen Ebene bereit, sie würden sich aber nicht zu einem Propagandamanöver hergeben. Solange es bei den in den Briefen Bulganins an Eisenhower enthaltenen Begriffsbestimmungen über die „bekannten Stellungen“ beider Mächte bleibe, sei die Chance für ein echtes Abkommen zur Entspannung unwahrscheinlich.
- 3.—15. Besuch des deutschen Bundesverteidigungsministers, Franz-Josef Strauß, der mit Mitgliedern der amerikanischen Regierung Besprechungen über militärpolitische Fragen führt. Am 5. März erklärt Strauß vor der Presse in Washington, die Bundesrepublik Deutschland werde ein amerikanisches Angebot über die Lieferung von Matador-Raketen für die Bundeswehr annehmen.
6. Die Regierung beantwortet das sowjetische Aide-mémoire vom 28. Februar. (Vgl. den Wortlaut der beiden Dokumente auf S. 10 651 ff. dieser Folge.)

ASIEN

Volksrepublik China

10. In einer Erklärung zur bevorstehenden Ratstagung der Südostasienpakt-Organisation (vgl. Südostasienpakt-Organisation) beschuldigt die Regierung den amerikanischen Außenminister, John Foster Dulles,

Spanien

1. Das Verteidigungsministerium gibt bekannt, daß spanische Streitkräfte zusammen mit französischen Truppen am 10. Februar erfolgreich eine militärische Aktion durchführten, die zu einer vollständigen Säuberung der spanischen Sahara von irregulären marokkanischen Streitkräften geführt habe.

und die amerikanische Regierung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Indonesiens. Durch die Stationierung von Atomraketen auf dem „chinesischen Territorium von Formosa“, in Süd-Korea und Japan sei die Spannung im Fernen Osten wesentlich verschärft worden. Die Regierung spricht sich für die Schaffung einer atomwaffenfreien „Friedenszone“ und einen kollektiven Sicherheitsvertrag in Asien aus.

Indonesien

10. Streitkräfte der Zentralregierung landen in Mittelsumatra zur Niederwerfung des Aufstandes.

Irak

3. Rücktritt von Ministerpräsident Abdel Wahab Mirjan. Der ehemalige Ministerpräsident Nuri Es-Said bildet ein neues Kabinett, in dem er das Amt des Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers bekleidet. Seiner Regierung gehören außerdem u. a. folgende Persönlichkeiten an: Stellvertretender Ministerpräsident: Twafiq Sawdidi; Außenminister: Fadhil Jamali; Innenminister: Said Qazaz; Wirtschaftsminister: Bhia Jaffar.

Vereinigte Arabische Staaten

8. Der jemenitische Kronprinz Saif al Islam Mohammed al-Badr und der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser, erklären in Damaskus den Zusammenschluß beider Staaten zu den Vereinigten Arabischen Staaten. Gleichzeitig werden alle arabischen Staaten eingeladen, sich diesem Staatenbund anzuschließen. Die Mitgliedstaaten der Vereinigten Arabischen Staaten werden, wie es in der Gründungsurkunde heißt, eine gemeinsame Außenpolitik verfolgen. Außerdem werden die Mitgliedstaaten eine gemeinsame Streitmacht unterhalten. Die beitretenden Staaten behalten ihre Unabhängigkeit und ihre gegenwärtige Regierungsform. An der Spitze der Vereinigten Arabischen Staaten steht ein „Oberster Rat“, dem die Staatsoberhäupter der Mitgliedstaaten angehören und dem ein „Unionsrat“ zur Seite steht. In den Unionsrat entsendet jeder Mitgliedstaat die gleiche Anzahl von Vertretern. Der Oberste Rat legt die Richtlinien der Vereinigten Arabischen Staaten in politischen, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Kulturfragen fest. Der Oberbefehlshaber der gemeinsamen Streitkräfte wird von ihm ebenfalls ernannt. Dem Unionsrat sind je ein Rat für Verteidigungsfragen, Wirtschafts- und Kulturfragen angegliedert. Das Unionsstatut sieht außerdem ein einheitliches Zollgebiet sowie die Angleichung der Wirtschaftspolitik und des Erziehungswesens vor.

Internationale Organisationen

Die Organisation der Vereinten Nationen

3. Generalsekretär Dag Hammarskjöld ernannt den schwedischen Generalmajor Carl Carlsson von Horn als Nachfolger von E. Louis Millard Burns (Kanada) zum neuen Chef der Ueberwachungskommission der Vereinten Nationen für die Durchführung des Waffenstillstandsabkommens in Palästina.
- 5.—15. In Kuala Lumpur findet die 14. Jahrestagung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) statt. Einstimmig wird die Aufnahme Persiens in die ECAFE beschlossen. Außerdem wird es als notwendig angesehen, im Verlauf des Jahres zwischenstaatliche Handelsgespräche innerhalb des ECAFE-Raumes zu führen. Als besonders dringlich wird den Vereinten Nationen der Ausbau des Mekong-Beckens in Süd-Vietnam empfohlen, das zu einer der größten natürlichen Hilfsquellen Asiens gehöre. Frankreich, Neuseeland und die Vereinigten Staaten sagen ihre Hilfe bei der Finanzierung dieses Projektes zu.
14. Abschluß der am 30. Januar begonnenen Tagung des Treuhandratsrates.

Benelux-Union

11. Im Haag findet eine Tagung des interparlamentarischen Konsultativrates der Benelux-Staaten statt. Der niederländische Außenminister, Joseph M. Luns, erklärt vor dem Rat, eine Koordinierung der Außenpolitik der drei Partnerländer dürfe nicht zu einer forcierten Homogenität entarten. Es wäre falsch, die Benelux-Staaten zu einer monolithischen Einheit zusammenzuschmieden. Der belgische Außenminister, Viktor Larock, vertritt die Auffassung, daß sich die Diskussionen des Rates auf Fragen des gemeinsamen Interesses konzentrieren sollten. Abschließend wird einstimmig eine Resolution über die außenpolitische Zusammenarbeit Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande angenommen, in der darauf hingewiesen wird, daß es noch nicht gelungen sei, die konkreten Befugnisse des Rates in allen Einzelheiten festzulegen. Außerdem wird der Wunsch ausgesprochen, daß die drei Regierungen dem Rat jährlich einen Bericht über die Zusammenarbeit der Benelux-Staaten unterbreiten. Zum neuen Präsidenten des Rates wird J. A. W. Burger (Niederlande) als Nachfolger des Belgiers Van Cauwelaert gewählt.

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

10. Der Ministerrat tritt zu einer Sondersitzung in Paris zusammen, um über das geplante Abkommen zur Festsetzung eines gemeinsamen Straßentransporttarifs zu beraten. Er stimmt einem Vertragsentwurf zu, der die Festsetzung einheitlicher Tarife für die Stahl- und Schrottbeförderung durch gewerbliche Straßentransportunternehmen bilateral zwischen den Mitgliedstaaten der EGKS vorsieht. Preisschwankungen um 10 vH sollen zugelassen werden, um den

Unternehmern gegenüber ihrer Kundschaft einen gewissen Spielraum zu lassen. Ferner erörtern die Minister den Fragenkomplex der Binnenschiffahrtsfrachten und insbesondere das Problem der Disparitäten zwischen den verschiedenen Frachtsätzen auf den Wassenstraßen westlich des Rheins. Ein Sonderausschuß wird mit der weiteren Erörterung dieses Problems betraut.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

- 11.—13. Tagung des Ausschusses des Europäischen Wirtschaftsrates zum Studium der Freihandelszone. Es wird beschlossen, einen italienischen Kompromißplan für die Gestaltung des Zollsystems in der geplanten Freihandelszone von Sachverständigen prüfen zu lassen. Dieser Plan sieht vor, daß bei Re-Exporten von Waren aus dritten Ländern innerhalb der Freihandelszone Außenzölle von weniger als 3 oder 4 vH unberücksichtigt bleiben sollen. Außerdem enthält der Plan Vorschläge zur Harmonisierung des Zollabbaus bei der EWG und innerhalb des größeren Raumes der Freihandelszone. Ferner werden die Probleme des Zahlungsverkehrs in der geplanten Freihandelszone erörtert, wobei die Sprecher im allgemeinen darauf hinweisen, daß der Zahlungsverkehr infolge seiner weitgehenden Liberalisierung keine besonderen Schwierigkeiten für die Schaffung der Freihandelszone biete.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

4. Der Ständige Rat der NATO erörtert die neuen sowjetischen Vorschläge zur Einberufung einer Gipfelkonferenz. Nach der Sitzung wird erklärt, daß der Westen an seiner Bedingung festhalte, die Sicherheitsfrage nur in Verbindung mit der Wiedervereinigung Deutschlands zu behandeln. Eine Außenministerkonferenz soll nach einer gründlichen Besprechung über west-östliche Meinungsverschiedenheiten die Grundlagen für eine Gipfelkonferenz schaffen.

Südostasienpakt-Organisation (SEATO)

- 11.—13. In Manila findet die vierte Jahrestagung der SEATO statt. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 10 658 dieser Folge.) Außerhalb der Konferenz erörtern die Außenminister Christian Pineau (Frankreich), Selwyn Lloyd (Großbritannien) und John F. Dulles (Vereinigte Staaten) die Vorbereitungen für eine mögliche „Gipfel“-Konferenz.

Westeuropäische Union (WEU)

- 5.—6. Sitzung des Rates der Westeuropäischen Union in Rom. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 10 658 dieser Folge.) Nach einer Aussprache mit der Verteidigungskommission werden die auf der Herbsttagung der Versammlung der WEU zutage getretenen Differenzen mit dem Ministerrat (vgl. EA 23—24/1957, S. 10 379) beigelegt.

Bücher und Broschüren

Bahr, Ernst: Ostpommern unter polnischer Verwaltung. Frankfurt/Main — Berlin: Alfred Metzner Verlag 1957. VIII, 160 S., 2 Karten. (Ostdeutschland unter fremder Verwaltung, Band III). DM 9,60.

Dieser dritte Band der Reihe „Ostdeutschland unter fremder Verwaltung“ beschäftigt sich mit den Veränderungen in Ostpommern zwischen 1945 und 1955, soweit sie Verwaltungsgliederung, Bevölkerungsstruktur, Land- und Industriewirtschaft, Handel und Verkehrswesen betreffen. Die ostpommerschen Seestädte werden gesondert behandelt, ebenso einige Fragen wie Bildungswesen und Kulturpflege, Neueinteilung der kirchlichen Verwaltung und anderes, was sich nicht ohne weiteres im Rahmen der staatlichen Maßnahmen erfassen läßt.

Die Betrachtungsweise ist wissenschaftlich-statistisch und um politische Sachlichkeit bemüht. Sie baut auf einem umfangreichen Apparat polnischer Quellen auf und übernimmt die durch die polnische Administration entstandene neue Gliederung der Verhältnisse auch für die Darstellung. Innerhalb dieses Rahmens bilden dann Schicksal und Lebensbedingungen der noch verbliebenen Deutschen, ihre wirtschaftliche Einbeziehung, ihr kirchliches Leben usw. ein wichtiges Kapitel.

Dr. C. Schütze

Below, Fritz: Wirtschaftsintegrationen und Integrationsstatistik. Ein Beitrag zum Verständnis der Integrationsprobleme und der statistischen Aufgaben bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Wirtschaftsintegrationen. Berlin: Duncker & Humblot 1957. 144 S. (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 27). DM 11,60.

Die Begriffe von Integration und Wirtschaftsintegration, die in der jüngsten Geschichte, vor allem in Europa, so häufig verwendet wurden, sind ebenso vielgestaltig wie die ihnen zugrunde liegende Realität. Bei dieser Sachlage sind begriffsklärende Untersuchungen und Bestandsaufnahmen von großer Bedeutung. Diese Arbeit unternimmt es, die Lücke zu schließen, soweit die Statistik davon berührt ist. Sie gibt eine Darstellung der Problematik von Wirtschaftsintegrationen auf internationaler Ebene. Ausgehend von einer allgemeinen und theoretischen Behandlung von Wirtschaftsintegrationen überhaupt, wobei die europäische Entwicklung des letzten Jahrzehnts das Anschauungsmaterial liefert, untersucht der Verfasser in zwei Kapiteln spezielle Probleme der Integrationsstatistik in ihren theoretischen praktischen Aspekten. Dabei werden nicht nur die technischen Schwierigkeiten der statistischen Praxis herausgehoben, sondern es finden sich auch Exkurse über das Grundverhältnis von Statistik und Sozialwissenschaften. In einem weiteren Kapitel werden die so gewonnenen Ergebnisse an einem Teilproblem der wirtschaftlichen Integration Europas, jener der Landwirtschaft, deutlich gemacht. Es zeigt sich wiederum, daß sogar Phänomene wie „Produktion“ oder „Versorgung“, die offenbar relativ leicht einer Quantifizierung und damit der statistischen Verarbeitung zugänglich sind, nur mit Schwierigkeit Aussagen zulassen, die international vergleichbar sind. Hier wie in den Kapiteln mit allgemeinerer Zielsetzung geht es dem Verfasser nicht um eine Stellungnahme zu diesem oder jenem aktuellen Integrationsvorschlag, sondern um die Beschreibung der in der Situation implizierten Aufgaben und Lösungsmöglichkeiten. Das verdienstvolle Buch schließt mit einer knappen Zusammenfassung, die den wesentlichen Inhalt dieser Untersuchung über das Wechselverhältnis von Wirtschaftsintegration und Statistik umfaßt.

Dr. E. Kitzmüller

The British Year Book of International Law 1957. Thirty-third Year of issue. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1958. VIII, 394 S. 65s.

Krumhoffs, Joachim: Gemeinsame Wege der europäischen Agrarwirtschaft. Voraussetzungen und Ergebnisse der

Bestrebungen um eine agrarwirtschaftliche Zusammenarbeit in Westeuropa. Kiel: Institut für Weltwirtschaft 1957. VIII, 146 S. DM 10,—.

Die vorliegende Schrift will einen Beitrag zum Studium der bisherigen Ergebnisse und der Voraussetzungen einer agrarwirtschaftlichen Zusammenarbeit in Westeuropa leisten. Ausgehend von der agrarwirtschaftlichen Versorgungslage und den zu erwartenden Tendenzen in Erzeugung und Verbrauch, gibt der Verfasser einen Ueberblick über die von der „Europäischen Konferenz für die Organisation der Agrarmärkte“ in den Jahren 1952 bis 1955 geleisteten Arbeiten. In seiner Betrachtung stellt der Verfasser zunächst die Ursachen heraus, die nach seiner Ansicht dafür verantwortlich waren, daß die Konferenz ihre gesteckten Ziele nicht erreichen konnte und nach dreijähriger Tätigkeit aufgelöst wurde.

Auf diese Untersuchung gründet der Verfasser seine Auffassungen über die zukünftige agrarwirtschaftliche Zusammenarbeit in Westeuropa. Als politischer Rahmen für eine Intensivierung der agrarwirtschaftlichen Beziehungen kommt nach seiner Ansicht zunächst nur der Kreis der sechs EWG-Länder in Frage, da für eine engere Zusammenarbeit aller westeuropäischen Länder vor der Konkretisierung der Freihandelszone noch kaum wesentlich andere Voraussetzungen bestehen würden als zur Zeit der im Jahre 1955 gescheiterten Agrarkonferenz. Das ferne Ziel der Zusammenarbeit im großen Kreis dürfe jedoch niemals außer acht gelassen werden.

An Hand der Bestimmungen der EWG-Verträge gibt der Verfasser abschließend seine Vorschläge zum praktischen Verfahren der agrarwirtschaftlichen Zusammenarbeit in der EWG wieder. Es werden dabei die Möglichkeiten, die sich für eine solche Zusammenarbeit aus den einzelnen Paragraphen ergeben, untersucht und einige Grundgedanken für eine gemeinsame Agrarpolitik entworfen, die auf der agrarwirtschaftlichen Versorgungslage der sechs Gemeinschaftsländer aufgebaut sind. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß das Gesamtwerk der EWG auch eine Chance für die Landwirtschaft der Bundesrepublik bieten werde, ihre chronische Hilfsbedürftigkeit im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu überwinden, indem die Gemeinsamkeit der sechs Länder sie zur Strukturverbesserung und zur Rationalisierung veranlassen wird.

Political Handbook of the World. Parliaments, Parties and Press as of January 1, 1958. 31st Year. Edited by Walter H. Mallory. Published for Council on Foreign Relations, Inc. New York: Harper & Brothers 1958. 229 S. \$ 3,95.

Resources and Planning in Eastern Europe. Edited by Norman J. G. Pounds and Nicolas Spulber. Bloomington, Indiana: Indiana University 1957. X, 173 S. (Slavic and East European Series, Vol. 4). \$ 2,50.

Hier sind die Vorträge gesammelt, die im Mai 1956 auf einer Konferenz über „Hilfsquellen und Planung in Osteuropa“ an der Universität von Indiana in Bloomington gehalten wurden. Veranstalter war das Universitätsinstitut für osteuropäische Studien unter seinem Direktor, dem bekannten Wirtschaftsgeographen und Geopolitiker Norman Pounds. Den größeren Rahmen für die einzelnen Themen steckt Henry L. Roberts mit seiner Studie „Eastern Europe and the Balance of Power“ ab, in der er darauf hinweist, daß unter der „nuklearen Decke“ nach wie vor zahlreiche andere Formen der Machtpolitik und Machtausübung praktiziert werden, zu denen die osteuropäischen Staaten im Verband des Ostblocks ihre Beiträge leisten. Die Voraussetzungen dieser Beiträge, sofern sie wirtschaftlicher Art sind, werden im einzelnen untersucht von Arthur E. Moodie (Agricultural resources), Victor H. Winston (Mineral resources), Nicolas Spulber (Planning and development), David Granick (Economic relations with the USSR) und Jan Wszelaki (Some social and political implications of planning). Die einzelnen Studien werden durch zahlreiche Tabellen, Statistiken und Diagramme ergänzt.

Dr. C. Schütze

Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. 3. Aufl. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt. 1956. 647 S. DM 19,80.

Im Rahmen der hier geforderten Kurzanzeige ist es unmöglich, der Bedeutung des Werkes gerecht zu werden oder in seine nähere Erörterung einzutreten. Fachzeitschriften haben beides getan, und es kann hier nur nochmals darauf hingewiesen werden, daß mit dieser um die Gestalt C. Goerdelers gruppierten Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung eine grundlegende Darstellung des deutschen Kampfes gegen Hitler gelungen ist. Der 1. Teil beschreibt mit einer Fülle von Aufschlüssen über die Weimarer Republik Goerdelers Leben bis 1934. Der 2. Teil gibt eine Uebersicht über die deutschen Widerstandsgruppen; der 3. Teil zeichnet die Geschichte ihrer Bemühungen um eine Wende des deutschen Schicksals 1937—1944. 120 Seiten Anmerkungen erschließen das gewaltige Quellenmaterial, das der Darstellung zugrunde liegt, und geben der weiteren Forschung eine Fülle von Anregungen. Ein Anhang bietet die wichtigsten Denkschriften Goerdelers und andere Akten im Wortlaut.

Dr. W. Lipgens

Talbot, Phillips, und S. L. Poplai: India and America. A Study of Their Relations. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brother 1958. XVIII, 200 S. \$ 3,75.

Wanlass, Lawrence C.: Gettell's History of Political Thought. 2nd Edition, Seventeenth Impression. London: George Allen & Unwin Ltd. 1956. XII, 418 S. £ 1/10/—.

Das Werk ist seit seinem ersten Erscheinen im Jahre 1924 zum meist gebrauchten Handbuch des politischen Denkens und der Geschichte der politischen Theorie für englische Studenten geworden. Es führte in seinen ersten Auflagen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Nunmehr ist es von Wanlass überarbeitet und mit zwei zusätzlichen Kapiteln über Faschismus und Marxismus versehen worden. Indessen haben leider diese neuen Kapitel den Wert des Handbuchs nicht sehr gehoben. Während die Einführung in das politische Denken (Kapitel 1), die Uebersicht über die politischen Ideen der Antike (Kapitel 2) und des Mittelalters (Kapitel 3) unter starrer Verarbeitung der bisherigen Forschungen eine klare Unterrichtung erzielen; während alsdann die Uebersichten über das politische Denken vom 16.—18. Jahrhundert (Kapitel 4) und über den Liberalismus des 19. Jahrhunderts (Kapitel 5) materialreich und eindringlich in ihrer Linienführung sind, so bleiben doch die Erörterungen des Faschismus (Kapitel 6) und des Marxismus (Kapitel 7) unbefriedigend. Für den Faschismus wird die gar zu einfache Linie: vom deutschen Idealismus über Wagner und Chamberlain zu Hitler ohne Berücksichtigung neuerer Forschung gezogen; und die Auseinandersetzung mit dem Marxismus bleibt schematisch. So wünscht man dem Handbuch, vor allem ob seiner Bedeutung für die angelsächsische Studentenschaft, eine nochmalige Bearbeitung.

Dr. W. Lipgens

Yakemthouk, Romain: La Ligne Curzon et la IIe Guerre Mondiale. Louvain: Editions Nauwelaerts; Paris: Béatrice-Nauwelaerts 1957. 135 S.

Bibliographien

Economia dell'Energia Atomica. Rassegna Bibliografica e di Documentazione. 2. Aufl. Rom: Banca Nazionale del Lavoro 1957. 54 S.

International Bibliography of Political Science. Bibliographie Internationale de Science Politique. Vol. IV. Prepared by the International Committee for Social Sciences Documentation in co-operation with the International Political Science Association. Paris: UNESCO 1957. 309 S. (Documentation in the Social Sciences). Ffrs. 1.500.

Liste Mondiale des Périodiques spécialisés dans les Sciences Sociales. World List of Social Science Periodicals. 2e édition, revue et augmentée. Préparée par le Comité international pour la documentation des sciences sociales. Paris: UNESCO 1957. 210 S. (Documentation dans les Sciences Sociales). Ffrs. 750.

Die beiden neuen Bände der UNESCO-Reihe „Documentation in den Sozialwissenschaften“ teilen die Vorzüge ihrer Vorgänger, vor allem die Uebersichtlichkeit des Aufbaues und des Klassifikationsschemas. Die Bibliographie für die politischen Wissenschaften umfaßt die Veröffentlichungen dieser Disziplin im Jahre 1955. Die Liste der Publikationen auf sozialwissenschaftlichem Gebiet gibt den Stand von Ende 1955 wieder. Sie enthält nur wissenschaftliche Periodica, die originale Beiträge und Studien bringen, nicht aber Bibliographien und Materialsammlungen. Zu den Sozialwissenschaften im engeren Sinne rechnen hier internationale Beziehungen, politische Wissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, Kriminologie und Sozialpsychologie. Ausgezeichnet sind die Register beider Bibliographien. Außer den Personen- und Sachregistern enthält die Liste der Veröffentlichungen der Sozialwissenschaften ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Institute und ein nach Fachgebieten angelegtes Register.

Dr. E. Kitzmüller

Neue Zeitschriften

Journal der Internationalen Juristenkommission. Herausgeber: Internationale Juristenkommission, Den Haag, Buitenhof 47. Erscheinungsweise zweimal jährlich in Englisch, Französisch, Spanisch und Deutsch. Band I, Nr. 1, Herbst 1957. 163 S.

Die Internationale Juristenkommission legt hiermit die erste Folge ihrer Zeitschrift „Journal“ vor, die ebenso wie ihre sonstigen Veröffentlichungen an Juristen in der ganzen Welt kostenlos verteilt wird. Die Nummer enthält u. a. folgende Beiträge: „Die Rechtsheftigkeit eines Staates und ihre völkerrechtliche Bedeutung“ (Leitartikel); „Das Ringen der polnischen Juristen um die Gesetzlichkeit“ (Studie) und eine Arbeit von Dietrich A. Loeber über „Die sowjetische Staatsanwaltschaft und die Rechte des Bürgers gegenüber dem Staat“. Die Zeitschrift veröffentlicht ferner Buchbesprechungen über einschlägige internationale Literatur.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böldigheimer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Berlin; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Copyright: 1958 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43.50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.